

BERLINER ENGAGEMENT- STRATEGIE

2020-2025

Der Regierende Bürgermeister
von Berlin
Senatskanzlei

BERLIN



INHALT

Grusswort des Regierenden Bürgermeisters	4
1 Berliner Engagementstrategie 2020-2025 – Leitidee	6
2 Ausgangslage: Vielfältiges Engagement in Berlin	8
3 Entwicklung der Berliner Engagementstrategie.....	10
4 Handlungsempfehlungen.....	12
4.1 Zugang zum Engagement fördern – Barrieren abbauen	12
4.1.1 Wege ins Engagement eröffnen	12
4.1.2 Barrieren abbauen, Teilhabe ermöglichen.....	15
4.1.3 Ausgrenzung aktiv entgegenzutreten	17
4.2 Infrastruktur für Engagement und Beteiligung stärken	18
4.2.1 Starke Orte für Engagement unterstützen	19
4.2.2 Vernetzung und Zusammenarbeit strukturell fördern.....	23
4.2.3 Qualifizierung und Beratung stärken	24
4.2.4 Räume für Engagement in der wachsenden Stadt bereitstellen	25
4.2.5 Gute Rahmenbedingungen der finanziellen Förderung schaffen.....	27
4.2.6 Engagement- und Zivilgesellschaftsforschung voranbringen	29
4.3 Chancen der Digitalen Transformation nutzen	30
4.3.1 Digitales Engagement fördern	30
4.3.2 Zivilgesellschaft im digitalen Wandel unterstützen	32
4.3.3 Zivilgesellschaft als Gestaltende Kraft Stärken.....	35
4.4 Mehr Wertschätzung für freiwilliges Engagement.....	37
4.4.1 Die vielfältige Würdigung freiwilligen Engagements ausbauen	37
4.4.2 Freiwilliges Engagement in der Öffentlichkeit sichtbar machen	40
4.4.3 Im Engagement erworbene Kompetenzen anerkennen	41
5 Anlagen.....	42
5.1 Mitglieder des Begleitgremiums	42
5.2 Programme der Veranstaltungen	44
5.3 „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“ (2004) ⁵	50
5.4 „Zukunft der Berliner Engagementlandschaft“ (2016) ⁹	51
6 Referenzen.....	53

GRUSSWORT DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS

Freiwillig Engagierte bewegen Berlin. Sie prägen mit ihren Ideen und ihrem tatkräftigen Einsatz viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens – sei es in der Nachbarschaft oder im Sport, in der Jugendarbeit, der Selbsthilfe oder der Sorge um ältere Menschen, in Klimaschutz- und Menschenrechtsinitiativen oder bei der Begleitung von Geflüchteten, in religiösen Gemeinschaften, Gewerkschaften oder Parteien.

Freiwilliges Engagement ist so etwas wie der Herzschlag unserer Demokratie. Im Engagement zeigen sich Gemeinsinn und Verantwortungsbewusstsein. Daher arbeitet der Senat in vielfältiger Weise daran, gute Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu schaffen. Dass **Berlin für das Jahr 2021 mit dem Titel der „European Volunteering Capital“ ausgezeichnet wurde**, liegt auch daran, dass wir in den letzten Jahren gemeinsam schon viel erreichen konnten.

Der Titel spornt uns aber auch an, noch mehr zu tun. Der Senat hat daher gemeinsam mit zahlreichen Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik einen Beteiligungsprozess gestartet, um eine Engagementstrategie für Berlin zu entwickeln. Das Ergebnis sind die 100 Handlungsempfehlungen der vorliegenden Berliner Engagementstrategie 2020–2025. Im Vordergrund steht die Wertschätzung für das Engagement der vielen Engagierten. Es geht um möglichst unkomplizierte Zugänge zum Engagement, um Freiräume für Engagierte und verlässliche Strukturen der Engagementförderung in ganz Berlin. Entschlossen wollen wir die Chancen der Digitalisierung für eine Stärkung der Zivilgesellschaft nutzen.

Wir alle spüren gerade in der Corona-Krise, wie sehr es auf gegenseitiges Vertrauen, auf Solidarität und ein gutes, respektvolles Miteinander in unserer Gesellschaft ankommt. Und es ist großartig, dass so viele Berlinerinnen und Berliner nicht nur in der Krise, aber ganz besonders jetzt für andere da sind. Die Berliner Engagementstrategie 2020–2025 soll dazu beitragen, uns den Wert des freiwilligen Engagements für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft bewusst zu machen und vor allem die guten Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement in Berlin weiter verbessern. Als Senat wollen und werden wir Schritt für Schritt an die Umsetzung der Berliner Engagementstrategie 2020–2025 gehen. So wie bei der Erarbeitung der Strategie ist uns auch bei der Umsetzung eine enge Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik wichtig.

In diesem Sinne: Danke an alle Beteiligten, die mit ihrem persönlichen Einsatz und ihrer Sachkunde das Zustandekommen der Berliner Engagementstrategie 2020–2025 ermöglicht haben – an die zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Themenforen, ganz besonders aber auch an die engagierten Mitglieder des Begleitgremiums. Jetzt geht es darum, dass wir gemeinsam die Berliner Engagementstrategie 2020–2025 mit Leben erfüllen. Für Berlin wäre dies ein Gewinn. Und als Europäische Freiwilligenhauptstadt können und werden wir auch über Berlin hinaus ein deutliches Zeichen setzen – für eine lebendige Zivilgesellschaft als Eckpfeiler eines starken und demokratischen Europas.

Michael Müller

1 BERLINER ENGAGEMENTSTRATEGIE 2020-2025 - LEITIDEE

Engagement in Berlin ist vielfältig und kreativ. Engagierte in allen Bereichen der Stadtgesellschaft stärken unser Gemeinwesen und tragen zum dynamischen Wandel unserer Stadt bei. Sie alle gestalten Berlin jeden Tag mit und sind, wenn es sein muss, auch mal unbequem. Sie machen sich stark für ihr direktes Lebensumfeld und setzen sich für globale Anliegen ein. Vor allem aber stehen sie für die Lebendigkeit und Lebensqualität der Metropole Berlin, für Gründergeist und Gemeinsinn, für Solidarität und Zusammenhalt. Sich engagieren heißt: Sinnvolles tun in der und für die Gemeinschaft. Für eine demokratische Gesellschaft ist dies fundamental.

Die Berliner Engagementstrategie 2020-2025, die in einem partizipativen Prozess von Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik erarbeitet wurde, baut auf den Erfolgen der Vergangenheit auf. Sie setzt Impulse mit Blick auf das Jahr 2021, in dem Berlin den Titel „European Volunteering Capital“ (Europäische Freiwilligenhauptstadt) trägt. Und sie soll den Weg in die Zukunft bahnen, um Engagement wirksam zu fördern und damit die Demokratie nachhaltig zu stärken.

Bürgerschaftliches Engagement¹ ist geprägt durch:

- Handeln im Sinne des Gemeinwohls
- Freiwilligkeit und Eigensinn
- Handeln mit anderen und für andere
- Unentgeltlichkeit
- Handeln im öffentlichen Raum
- Handeln im Rahmen der Grundwerte des demokratischen Rechtsstaats

Engagement entsteht zumeist unmittelbar, weil Menschen sich für etwas interessieren oder begeistern und weil sie Gutes tun oder etwas besser machen wollen. Deutlich wird das besonders in Schlüsselereignissen, wie zum Beispiel im Sommer 2015, als in Deutschland in kurzer Zeit viele Geflüchtete aufgenommen wurden, oder während der Corona-Pandemie 2020/21. Aus spontaner Hilfsbereitschaft sind Strukturen entstanden, die auch über die Ereignisse hinaus Bestand haben.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist entscheidend für eine lebendige Demokratie. Sie ermöglicht gesellschaftlichen Wandel und stärkt zugleich die Widerstandskraft des demokratischen Gemeinwesens. Das Handeln der Engagierten ist oft innovativ und gibt der Gesellschaft entscheidende Impulse. Viele wichtige Initiativen, Institutionen und Programme wurden von Menschen und Organisationen entwickelt, die in der kritischen Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Missständen Mut zur Veränderung fassten und sich dann aus freien Stücken, innerer Überzeugung und gemeinschaftlich für eine gute Sache stark gemacht haben.

Bürgerschaftliches Engagement wirkt so häufig als Impuls für staatliches Handeln und Grundlage für eine lebendige Kooperationskultur von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung. Staat und Verwaltung haben die Aufgabe, diese Aktivitäten und Impulse wahrzunehmen, Strukturen für

Engagement zu unterstützen und weiterzuentwickeln, Zugangshürden und Barrieren abzubauen und eine wertschätzende Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu pflegen. Denn bürgerschaftliches Engagement kann nur in sektorenübergreifender Zusammenarbeit nachhaltig gestärkt werden. Freiwilliges Engagement kann und darf dabei nicht als Lückenbüßer dienen und staatliches Handeln ersetzen. Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Unternehmen sind gefordert, den Eigensinn und die Eigenständigkeit des bürgerschaftlichen Engagements zu gewährleisten.

Freiwilliges Engagement ist ohne öffentlichen Diskurs und Partizipation nicht möglich und leistet zugleich einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess. Es ist daher ein zentraler Baustein für den Ausbau von Beteiligung und die Stärkung der Demokratie.

2 AUSGANGSLAGE: VIELFÄLTIGES ENGAGEMENT IN BERLIN

Berlin ist eine wachsende, junge Stadt, geprägt von gesellschaftlicher Vielfalt, von einer innovativen Gründer-Szene, Zuwanderung aus vielen Teilen der Welt sowie einem teils hohen Digitalisierungsgrad – eine hochinnovative Metropole mit weltweiter Strahlkraft, einem lebendigen Gemeinwesen und starkem Zusammenhalt in den Kiezen. Wie in einem Brennglas sind hier die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu sehen. Gleichzeitig ist Berlin im positiven Sinne ein Experimentierraum, wo neue Lösungen erdacht, entwickelt und erprobt werden. Dazu tragen die **freiwillig Engagierten dieser Stadt wesentlich bei, wie der jüngst erworbene Titel „European Volunteering Capital 2021“ zeigt.**

In Berlin spiegeln sich die großen gesellschaftlichen Trends ebenso wider wie im übrigen Bundesgebiet. Dazu gehören: demografischer Wandel, veränderte Vorstellungen vom Leben im Alter, individualisierte und fragmentierte Lebensentwürfe, digitale Transformation, Globalisierung sowie – bezogen auf das bürgerschaftliche Engagement – der Rückgang langfristiger Engagementformen zugunsten projektformiger, kürzerer Engagementphasen. Andererseits ist das seit nunmehr 30 Jahren wiedervereinigte Berlin eine Stadt mit einer ganz besonderen Geschichte des bürgerschaftlichen Engagements. West-Berlin war seit den 60er Jahren ein Zentrum politischer Proteste und sozialer Bewegungen. In diesem Teil der Stadt wirkten politisch geprägte, selbstorganisierte und autonome Formen des Engagements seit Jahrzehnten stilprägend für moderne Beteiligungsformen. Der Osten der Stadt brachte wiederum das Engagement-Erbe der Friedlichen Revolution und der Bürgerrechtsbewegung ins wiedervereinigte Berlin ein – einer Bewegung, die vor 1989 häufig unter dem Dach der Kirche heranwuchs.

Berlin weist heute als Hauptstadt eine starke Präsenz zivilgesellschaftlicher Organisationen auf, die häufig einen Wirkungsradius über die Stadt hinaus haben. Die bereits hohe Zahl von rund 26.500 Vereinen und knapp 1.000 rechtsfähigen Stiftungen bürgerlichen Rechts wächst weiterhin.^{1F2,2F3} Neben traditionsreichen Organisationen der Zivilgesellschaft – Stiftungen, Vereinen und Verbänden – und den unterschiedlichen Formen staatlich organisierter Ehrenämter (zum Beispiel in Hilfsorganisationen und bezirklichen Sozialkommissionen) hat sich auch im gemeinwohlorientierten Bereich eine dynamische Start-up-Kultur entwickelt. Der Länderbericht Berlin des Deutschen Freiwilligen surveys zeigt, dass das informell organisierte Engagement in Berlin mit einem Anteil von 20,8 Prozent um 4,8 Prozent höher ist als im Bundesdurchschnitt.^{3F4} Nicht zuletzt die große Engagementbereitschaft angesichts der hohen Anzahl geflüchteter Menschen in den Jahren 2015/16 und der Corona-Pandemie 2020 haben dem bürgerschaftlichen Engagement in Berlin einen zusätzlichen Schub gegeben, der sich auch in der zunehmenden Digitalisierung in der Zivilgesellschaft zeigt. Aus unzähligen spontanen Initiativen wurde dauerhaftes Engagement. Viele geflüchtete Menschen engagieren sich mittlerweile selbst aktiv für ihre Stadt. In zahlreichen migrantischen Communities verbinden sich soziales Engagement und Selbsthilfe mit politischem Engagement gegen Rassismus und zur Verteidigung der Demokratie.

Dynamische Veränderungen gab es in den vergangenen Jahrzehnten auch im Bereich der Engagementförderung und beim Auf- und Ausbau der engagementfördernden Infrastruktur. So entstand im Jahr 1988 die erste Freiwilligenagentur, heute Landesfreiwilligenagentur Berlin und wurde zur Pionierin für die Entwicklung des Feldes. Ein intensiver zivilgesellschaftlicher **Verständigungsprozess mündete 2004 in die Verabschiedung der „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“** 4F5 (vgl. Anlage 5.3), die vielen Organisationen bis heute als gemeinsames Wertefundament dient und aus der eine im Bundesvergleich sehr frühe Gründung **eines Landesnetzwerkes Bürgerengagement „aktiv in Berlin“** resultierte.

Das Land Berlin und seine Bezirke nahmen diese vielfältigen Impulse unterstützend auf und förderten über die bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus eine umfangreiche Engagementinfrastruktur sowie vielfältige Maßnahmen der Anerkennung. An der Förderung bürgerschaftlichen Engagements sind in Berlin alle Ressorts und politischen Ebenen beteiligt. Die gesamtstädtische Koordinierung ist daher direkt beim Regierenden Bürgermeister verankert. Seit 2003 gibt es in der Senatskanzlei eine Beauftragte oder einen Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement. **Im Jahr 2017 wurde das Politikfeld „Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung“ erstmals im Roten Rathaus als Daueraufgabe in einem eigenen Referat etabliert.** Die Bezirke haben ihre Engagementförderung ausgebaut. Ein weiterer Meilenstein der Engagementpolitik in Berlin war 2013 die Gründung eines eigenen Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement im Abgeordnetenhaus von Berlin. Insgesamt hat die Engagementpolitik in den letzten Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren.

3 ENTWICKLUNG DER BERLINER ENGAGEMENTSTRATEGIE

Die Berliner Engagementstrategie 2020–2025 baut auf dieser guten Grundlage auf. Sie soll dazu beitragen, bereits Erreichtes zu stabilisieren und Antworten auf künftige Herausforderungen in einer sich wandelnden und wachsenden Metropole zu geben. Das vielfältige bürgerschaftliche Engagement der Berlinerinnen und Berliner soll durch gute Rahmenbedingungen weiter gestärkt und eine breite Teilhabe aller Menschen an Engagement und Beteiligung ermöglicht werden.

Im Frühjahr 2019 hat das Abgeordnetenhaus die Entwicklung einer Berliner Engagementstrategie beschlossen.^{6,7,8} Sie schließt an die im Jahr 2004 von rund 150 zivilgesellschaftlichen Organisationen verabschiedete „Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement“ (vgl. Anlage 5.3) und das 2016 partizipativ ausgearbeitete Thesenpapier „Zukunft der Berliner Engagementlandschaft“⁹ (vgl. Anlage 5.4) an.

Ein Jahr lang wurde unter Federführung der Berliner Senatskanzlei gemeinsam mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung an der vorliegenden Strategie und den Handlungsempfehlungen gearbeitet.

Der Strategieprozess startete offiziell mit einer Auftaktveranstaltung mit rund 200 Teilnehmenden am 22. Oktober 2019 im Roten Rathaus. Bereits vom 1. Oktober bis zum 5. November 2019 konnten alle Bürgerinnen und Bürger Vorschläge für die Berliner Engagementstrategie online über die Beteiligungsplattform meinBerlin einreichen, die in die weitere inhaltliche Gestaltung und Auswertung der Themenforen eingeflossen sind.

Die Ergebnisse der Auftaktveranstaltung und der Online-Beteiligung wurden in vier Themenforen mit Fachleuten aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu den Schwerpunkten der Engagementstrategie vertieft und ergänzt:

- Themenforum „Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung“ am 25. November 2019 mit etwa 50 Teilnehmenden im Rathaus Schöneberg
- Themenforum „Infrastruktur für Engagement und Beteiligung“ am 27. Januar 2020 mit rund 60 Teilnehmenden im Rathaus Lichtenberg
- Themenforum „Digitale Transformation“ am 6. März 2020 mit knapp 80 Teilnehmenden im Rathaus Treptow
- Themenforum „Zugang zum Engagement“ am 25. Juni 2020 mit etwa 35 Teilnehmenden als digitale Veranstaltung

Ein sektorenübergreifendes Begleitgremium (vgl. Anlage 5.1) identifizierte die zentralen Themen der Berliner Engagementstrategie, bewertete die im Beteiligungsprozess vorgetragenen Empfehlungen und arbeitete konkrete Handlungsempfehlungen aus.

Die Berliner Engagementstrategie beinhaltet Handlungsempfehlungen an alle engagementfördernden Akteurinnen und Akteure in Berlin für den Zeitraum 2020 bis 2025: Politik und Verwaltung, Organisationen der Zivilgesellschaft und Unternehmen.

Einige der nachfolgenden Empfehlungen sind sofort und im Rahmen des laufenden Doppelhaushalts 2020/2021 umsetzbar, andere haben eine mittelfristige Perspektive und stehen unter Finanzierungsvorbehalt. Die Berliner Engagementstrategie 2020–2025 leistet mit ihren Empfehlungen einen Beitrag zum Prozess der politischen Willensbildung, kann und soll aber nicht den Entscheidungen des Abgeordnetenhauses als Haushaltsgesetzgeber vorgreifen.

Der Berliner Senat wird auf Basis der vorliegenden Handlungsempfehlungen ein Umsetzungskonzept erarbeiten. Dazu wird jeder Vorschlag von der zuständigen Fachverwaltung geprüft und ggf. mit einem Zeit- und Maßnahmenplan unterlegt.

Um die Umsetzung der Handlungsempfehlungen voranzubringen, wird das Begleitgremium der Berliner Engagementstrategie weiterhin einmal im Jahr tagen. Der Senat legt dem Abgeordnetenhaus jährlich einen Fortschrittsbericht vor.

4 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Herzstück dieser Engagementstrategie sind die Handlungsempfehlungen. Sie wurden in einem partizipativen Prozess entwickelt und skizzieren ein Programm für die systematische Weiterentwicklung und Förderung des Engagements in Berlin. Es wird Aufgabe der nächsten fünf Jahre sein, die vielfältigen Anregungen, Vorschläge und Forderungen aus diesen Handlungsempfehlungen umzusetzen.

4.1 ZUGANG ZUM ENGAGEMENT FÖRDERN – BARRIEREN ABBAUEN

Eine solidarische Gesellschaft basiert auf breiter gesellschaftlicher Teilhabe. Die Möglichkeiten, Gesellschaft im Kleinen und im Großen mitzugestalten sind vielfältig und müssen allen Menschen in Berlin gleichermaßen offenstehen. Dazu muss freiwilliges Engagement inklusiv und divers gedacht werden: Jeder Mensch gehört dazu und jeder Mensch kann mitmachen. Alle können einen Beitrag leisten. Für eine strategische Förderung von Engagement ist die Ausrichtung auf unterschiedliche Zielgruppen durch eine spezifische Ansprache sowie Strukturen wichtig, die helfen, Barrieren für die Teilhabe am bürgerschaftlichen Engagement abzubauen und zu verhindern, dass neue Barrieren entstehen.

4.1.1 WEGE INS ENGAGEMENT ERÖFFNEN

Vielfältige Engagementkultur leben

Freiwilliges Engagement eröffnet viele Chancen, Umwelt und Gesellschaft zum Wohle der Gemeinschaft zu gestalten. Engagement gehört für alle Generationen zu einem erfüllten Leben und verändert die Wahrnehmung von Gemeinschaft und Gesellschaft. Deswegen ist der Zugang zum Engagement so wichtig. Das freiwillige Engagement macht Menschen zu handelnden, gestaltenden Akteurinnen und Akteuren. Es bietet Freiraum für die eigene Selbstentfaltung und Selbstwirksamkeit. Damit alle Menschen diese Chancen unabhängig zum Beispiel vom soziokulturellen Hintergrund, von finanziellen Ressourcen, von Alter, Bildungsgrad oder Aufenthaltsstatus wahrnehmen können, müssen sich zivilgesellschaftliche Initiativen und Organisationen, in denen sich Menschen engagieren, sowie Organisationen, die Engagement fördern, flexibel auf verschiedene Menschen und Gemeinschaften mit ihren Besonderheiten einstellen. Sie sollten ihr Engagement sichtbar machen und ihnen Raum für die Form der Mitgestaltung bieten, die ihnen wichtig ist. Das ist für viele Organisationen nur mit einer gezielten Unterstützung zu leisten.

Handlungsempfehlungen.¹⁰

- (1) **Angebote für einen breiten Zugang zum Engagement schaffen:** Um allen Berlinerinnen und Berlinern den Zugang zu Engagement zu ermöglichen, eignen sich Angebote für ein freiwilliges Engagement, die
- offen und vorurteilsfrei gestaltet sind,

- einfach erreichbar sind, indem sie zum Beispiel direkt in der Nachbarschaft stattfinden, barrierefrei sind, spontanes Engagement ermöglichen, keiner spezifischen Fachkompetenzen bedürfen oder zeitlich begrenzt sind,
 - einzelne Menschen durch Patenschaften oder Tandems in ihrem Engagement unterstützen und
 - in den lokalen Lebensräumen der Menschen sichtbar sind, um dort neue Engagierte zu gewinnen (aufsuchender Ansatz).
- (2) **Praxisnah und verständlich informieren:** Auf allen Ebenen (in Organisationen, in denen Engagement stattfindet, in intermediären Einrichtungen wie zum Beispiel Freiwilligenagenturen und in der öffentlichen Verwaltung) sollte es leicht zugängliche, verständliche und praxisnahe Informationen über freiwilliges Engagement geben.
- (3) **Vielfalt freiwilligen Engagements sichtbar machen:** Freiwilliges Engagement sollte in all seinen Facetten nach außen sichtbar gemacht und stärker anerkannt werden (vgl. ausführlich Kapitel 4.4).
- (4) **Bedarfsorientierte Qualifizierungsangebote anbieten:** Empfohlen werden niedrighschwellige Qualifizierungsangebote für Freiwillige, die den Einstieg ins Engagement innerhalb und außerhalb von Organisationen erleichtern.
- (5) **Migrantenorganisationen einbeziehen:** Künftig sollten das Wissen und die Kompetenzen der Migrantenorganisationen in Berlin verstärkt mit einbezogen werden. Personen mit Fluchterfahrungen sollten als Zielgruppe in ihrem freiwilligen Engagement gestärkt werden.¹¹
- (6) **Personen in koordinierender Funktion weiterbilden:** Haupt- und Ehrenamtliche in koordinierender Funktion sollten mit regelmäßigen Weiterbildungen für die besonderen Erfordernisse der jeweiligen Gruppen sensibilisiert werden und Fähigkeiten für eine passende Kommunikation weiterentwickeln können.

Ins Engagement hineinwachsen

Bereits im frühen Kinder- und Jugendalter findet Engagement statt. Kinder und Jugendliche sind besonders motiviert, sich freiwillig für das Gemeinwohl einzusetzen. Schülerinnen und Schüler sind mit einer Engagementquote von 60 Prozent die am stärksten engagierte Gruppe in Berlin (der Bundesdurchschnitt liegt bei 54,8 Prozent).¹² Wenn sie sich in Vereinen, Initiativen oder Projekten im Sozialraum, aber auch im schulischen Bereich engagieren und Verantwortung übernehmen, können sie sich wichtige Fähigkeiten aneignen, Vorbilder erleben, gesellschaftliche Wirksamkeit entfalten und letztlich in ein selbstbestimmtes, engagiertes Leben hineinwachsen.

Vereine und Verbände, Angebote der offenen Jugendarbeit, Sport, aber auch allgemeinbildende Schulen, Berufsschulen, Volkshochschulen und andere Bildungseinrichtungen, Freiwilligenagenturen oder selbstorganisierte Initiativen spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des Engagements junger Menschen. Auch über die verschiedenen gesetzlichen Freiwilligendienste finden viele junge Menschen ihren Weg ins Engagement. Besonders für Menschen mit geringerer formaler Bildung, die sich im Schnitt seltener engagieren, kann ein Freiwilligendienst eine wichtige Brücke ins Engagement sein und neue Perspektiven fürs Leben aufzeigen.¹³ Mehr als 4.000 Personen leisten in

Berlin jährlich einen Freiwilligendienst (u.a. Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ), Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) oder Bundesfreiwilligendienst (BUFDI)).

Handlungsempfehlungen

- (7) **Kindern und Jugendlichen den Einstieg ins freiwillige Engagement erleichtern:** Einrichtungen für und von jungen Menschen können Kinder und Jugendliche darin unterstützen sich zu engagieren, indem sie:
- in ihrer Organisation eine positive Haltung zum und ein Verständnis für Engagement kultivieren.
 - Gelegenheiten für ein freiwilliges Engagement schaffen, die Selbstverantwortung und Selbstverwirklichung stärken.
 - den notwendigen Kompetenzerwerb ermöglichen.
 - freiwilliges Engagement junger Menschen anerkennen.
 - die im Engagement erworbenen Kompetenzen anerkennen und damit zeigen, dass freiwilliges Engagement ein wichtiger Teil des lebenslangen Lernens sein kann.
 - gezielt neu zugewanderte junge Menschen ansprechen, um ihnen einen Anschluss in ihrer neuen Heimat zu ermöglichen.
 - sich aktiv zum Sozialraum öffnen und gezielt Kooperation mit Initiativen und Organisationen im Lebensraum der Kinder- und Jugendlichen eingehen.
 - die im Land Berlin vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten und Rahmenbedingungen zur Demokratieförderung nutzen und mit Leben füllen (siehe insbesondere die Regelungen zur **Demokratieförderung im „Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes und zur Förderung der Beteiligung und Demokratiebildung junger Menschen“** - Jugendhilfe- und Jugendfördergesetz – AG KJHG).
 - sich eng mit den bestehenden Beteiligungsstrukturen der Berliner Bezirke vernetzen, die gerade erst durch das neue Berliner Jugendförder- und Beteiligungsgesetz nachhaltig gestärkt wurden.
- (8) **Freiwilliges Engagement von Kindern fördern:** Bisher war Engagement in Kindertageseinrichtungen eher ein Engagement von Erwachsenen, entweder in der Elternvertretung, in Form von Freiwilligendiensten oder beispielsweise als Lesepaten. Es wird empfohlen, dass das Land Berlin Konzepte fördert, wie gesellschaftliches Engagement von Kindern selbst bereits in den Kitas entwickelt werden kann. Bisherige Modellprojekte sind ermutigend und zeigen, dass Kinder mehr können, als ihnen Erwachsenen oft zutrauen.
- (9) **Engagement in Ausbildung und Studium unterstützen:** Beim Übergang von der Schule in Studium oder Ausbildung lässt das Engagement junger Menschen häufig nach.¹⁴ Es wird daher eine stärkere Förderung des freiwilligen Engagements an Berufsschulen, Universitäten und Hochschulen empfohlen. Beispielsweise durch die Anerkennung freiwilligen Engagements bei Studienauswahlgesprächen oder die verbesserte Möglichkeit, zur Vereinbarung von Ehrenamt und Studium.
- (10) **Jugendorganisationen fördern:** Jugendverbände, Vereine und Angebote der offenen Jugendarbeit sollten als Gelegenheitsstrukturen für das Engagement gefördert und ausgebaut

werden. Sie sind wichtige Multiplikatoren, die ein demokratisches und solidarisches Miteinander stärken.

(11) Freiwilligendienste stärken: Die gesetzlich geregelten Freiwilligendienste sollten weiter gestärkt werden, indem:

- Instrumente zur Anerkennung der Freiwilligendienstleistenden weiterentwickelt werden
- durch eine öffentliche Zuwendung des Landes ein einheitliches Taschengeld für alle Freiwilligendienstleistenden ermöglicht wird. So erhalten noch mehr junge Menschen einen Zugang zu einem Freiwilligendienst.
- die sehr hohe Nachfrage, insbesondere nach einem Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ), durch mehr Plätze in Berlin erfüllt wird.
- das Europäische Solidaritätskorps der Europäischen Union in Berlin stärker beworben wird. Hier bekommen junge Menschen die Möglichkeit, an Freiwilligenprojekten im eigenen Land oder im Ausland teilzunehmen, die Menschen in ganz Europa zugutekommen.

4.1.2 BARRIEREN ABBAUEN, TEILHABE ERMÖGLICHEN

Um Teilhabe durch Engagement zu ermöglichen, müssen die Barrieren, die derzeit den Zugang zum freiwilligen Engagement erschweren, abgebaut werden. Dazu gehören u.a. Sprachbarrieren, bauliche Barrieren, für das Engagement nötige finanzielle Mittel, fehlende Informationen, zeitliche Flexibilität und Verfügbarkeit, technische Barrieren sowie Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Diskriminierung.

Handlungsempfehlungen:

(12) Einfache Sprache verwenden: Durch die Verwendung einfacher Sprache, die Vermeidung von Fachbegriffen, Abkürzungen und langen, verschachtelten Sätzen soll der Zugang zum freiwilligen Engagement für viele Menschen erleichtert werden.

- Informationen von Organisationen des freiwilligen Engagements und Verwaltung sollten gut verständlich sein. Texte sollten möglichst auch in leichter Sprache^{14F15} und in verschiedenen Sprachen zur Verfügung gestellt werden. Sie sollten sich grundsätzlich an der Zielgruppe orientieren.
- Bei Veranstaltungen und Videos sollte Gebärdensprache und/ oder Untertitel verwendet werden.
- Es sollten mehr Möglichkeiten für ein Engagement in verschiedenen Sprachen, leichter Sprache und Gebärdensprache geschaffen werden.

(13) Informationen ausbauen:

- Um möglichst viele Menschen zu erreichen, sollten Informationen über verschiedene Kommunikationskanäle verbreitet werden. Es braucht dabei digitale Angebote ebenso wie analoge (zum Beispiel persönliche Sprechzeiten, Broschüren, Radio, und telefonische Rücksprachen).

- Freiwilligenkoordinationen können Betroffene auch unterstützen, indem sie auf vorhandene Beratungs- und Unterstützungsangebote für schwierige Situationen im Leben hinweisen (zum Beispiel: Rechtsberatung).

–

(14) **Barrierefreie Orte schaffen:**

- Empfohlen wird, die Möglichkeit eines Förderprogramms für den barrierefreien Um- oder Ausbau von Orten des Engagements zu prüfen und Informationen zu vorhandenen Förderprogrammen zur Verfügung zu stellen.
- Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, wird empfohlen, mit Stadtteilzentren und Selbsthilfekontaktstellen sowie anderen Fachleuten für Inklusion zusammenarbeiten, um systematisch Barrieren abzubauen.
- Das Angebot von Assistenzleistungen für ehrenamtliche Tätigkeiten zur Sicherstellung der Mobilität und Teilhabe sollte stärker kommuniziert werden. Zudem sollten etwaige Förderlücken geprüft werden.

(15) **Zeit für Engagement schaffen:** Vielen Menschen, die sich gern engagieren möchten, steht dafür nicht ausreichend Zeit zur Verfügung. Es braucht mehr Freiräume.

- Schulen, Hochschulen, Unternehmen und weiteren Arbeitgebern wird empfohlen, Maßnahmen zu entwickeln, um freiwillig Engagierte für ihre ehrenamtlichen Tätigkeiten freizustellen.
- Um ein umfangreiches freiwilliges Engagement zu ermöglichen, sollten Erwerbsarbeit oder Ausbildung zeitweise unterbrochen werden können. Beispielsweise könnten Freiwillige durch **die Einführung eines „Engagementurlaubs“ nach Vorbild des gesetzlichen Freistellungsanspruchs für Engagement in der Jugendarbeit (nach AG KJHG §10)** eine festgelegte Anzahl von Tagen Sonderurlaub für ihr Engagement erhalten.
- Es sollten verstärkt Angebote entwickelt werden, die Menschen ein Engagement ermöglichen, die stark in familiäre Sorge eingebunden sind (zum Beispiel für Alleinerziehende oder pflegende Angehörige).
- Schule, Hochschule, Berufsausbildung und berufliche Tätigkeit sollten so organisiert sein, dass junge Menschen flexibel zeitliche Spielräume für freiwilliges Engagement nutzen können.

(16) **Finanzielle Barrieren ausgleichen:** Einigen Menschen fehlt es an den für ein Engagement notwendigen finanziellen Mitteln. Grundsätzlich sollten freiwillig Engagierten keine zusätzlichen Kosten (zum Beispiel für Fahrkarten) entstehen.

- Die Organisationen, in denen freiwilliges Engagement stattfindet, sollten prüfen, ob ihren freiwillig Engagierten durch das Engagement zusätzliche Kosten entstehen und gegebenenfalls durch Auslagererstattungen oder Aufwandsentschädigungen Abhilfe schaffen.
- Auslagererstattungen oder Aufwandsentschädigungen, die sich aus freiwilligem Engagement ergeben, sollten nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden. Eine entsprechende Bundesratsinitiative sollte geprüft werden.
- Durch das Kooperationsprojekt des Berliner Senats mit BVG, S-Bahn Berlin und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband erhalten freiwillig Engagierte 17.000 kostenlose Fahrscheine im Jahr, die über die Stadtteilzentren verteilt werden. Die Fahrausweise kommen vor allem

denjenigen zugute, die über ein geringes Einkommen verfügen und für die Fahrten zum Einsatzort eine finanzielle Belastung sind. Es wird empfohlen, solche Angebote stark auszuweiten.

(17) Digital Angebote machen: Digitale Angebote für ein Engagement können helfen, Barrieren zu überwinden, da sie nicht ortsgebunden sind. Sie können aber auch Menschen von einem Engagement ausschließen, denen dafür die notwendigen Kompetenzen oder die technische Ausstattung fehlen. Idealerweise werden daher analoge und digitale Formen des freiwilligen Engagements miteinander kombiniert.

4.1.3 AUSGRENZUNG AKTIV ENTGEGENTRETEN

Viele Engagierte und viele zivilgesellschaftliche Organisationen setzen sich aktiv für Menschenrechte, eine lebendige Demokratie, Toleranz und Inklusion ein. Sie leisten einen unverzichtbaren Beitrag dazu, Menschen vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu schützen.

Freiwilliges Engagement soll allen Menschen offenstehen. Neben den gesetzlichen Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung im Rahmen des Landes-Antidiskriminierungsgesetzes (LADG) und des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist es wichtig, ein respektvolles gesellschaftliches Klima zu fördern, für Benachteiligungen jeder Art zu sensibilisieren und die verschiedenen Formen von Diskriminierung bewusst zu machen. Organisationen, in denen Engagement stattfindet, sowie Organisationen, die Engagement fördern, sollten daher bewussten sowie unbewussten Formen der Ausgrenzung und diskriminierenden Zuschreibungen entschlossen entgegenzutreten und aktiv an der Überwindung solcher Mechanismen arbeiten.

Handlungsempfehlungen

(18) Diskriminierungsfreie Sprache: Empfohlen wird Initiativen und Organisationen aller Bereiche die bewusste Verwendung einer nicht-diskriminierenden Sprache. Alle Menschen und insbesondere auch (potenziell) marginalisierte Personengruppen sollten aktiv willkommen geheißen werden.

(19) Instrumente zur Vermeidung von Ausgrenzung einführen:

- Die Verabschiedung klarer Leitbilder und Satzungen, Selbstverpflichtungen und Zielvereinbarungen helfen Organisationen dabei, ein diverses freiwilliges Engagement zu ermöglichen.
- Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, sollten in allen Bereichen in Führungs- und Entscheidungsgremien vertreten sein.
- Es sollten Vorlagen mit Formulierungshilfen (zum Beispiel für Satzungen) von Verbänden und anderen Infrastruktureinrichtungen, den zuständigen Verwaltungen und auf dem Engagementportal des Landes Berlin veröffentlicht werden.
- Organisationen, in denen freiwilliges Engagement stattfindet, sollten inklusive Ansätze innerhalb ihrer Organisation stärken, indem sie partizipative Methoden anwenden und mit Fachleuten zusammenarbeiten.

(20) Strukturelle Diskriminierung überwinden: Organisationen des freiwilligen Engagements sollten von staatlicher Seite bei der Überwindung struktureller Diskriminierung aktiv unterstützt werden.

(21) Engagement für eine offene Gesellschaft sichtbar machen: Mit dem „Berliner Demokratietag“ hat Berlin den Einsatz für eine offene, vielfältige Gesellschaft sichtbar gemacht und gewürdigt. Er sollte zukünftig jährlich stattfinden.

4.2 INFRASTRUKTUR FÜR ENGAGEMENT UND BETEILIGUNG STÄRKEN

Berlin hat eine starke Infrastruktur für bürgerschaftliches Engagement. Die gemeinnützigen Organisationen sind das Rückgrat des freiwilligen Engagements. Menschen engagieren sich in Berlin besonders häufig in den Sportvereinen, in sozialen Einrichtungen, in Schulen oder Kindergärten sowie in der Kultur.¹⁶ Zudem hat Berlin im Bundesvergleich besonders viele aktive Initiativen, in denen sich Menschen außerhalb formaler Strukturen engagieren. Auch viele Orte des öffentlichen Lebens bieten Raum für Engagement, zum Beispiel Bibliotheken oder Volkshochschulen.

Zur Berliner Infrastruktur gehören darüber hinaus engagementfördernde Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen, Stadtteilzentren, Mehrgenerationenhäuser, Selbsthilfekontaktstellen, Seniorenbüros, Quartiersbüros, Familienzentren und Verbände. Sie vermitteln Menschen, die sich engagieren möchten, an andere Initiativen oder Organisationen. Darüber hinaus informieren und beraten sie Einzelpersonen, zivilgesellschaftliche Organisationen oder Unternehmen rund um das Thema bürgerschaftliches Engagement. Schließlich tragen sie mit einer Vielzahl von Projekten und Programmen zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für Engagement bei.

Ferner gehören Stiftungen, Unternehmen und Verwaltung zur engagementfördernden Infrastruktur. Zahlreiche Förderprogramme der Bezirke und Senatsverwaltungen tragen dazu bei, Orte der Begegnung, freiwilliges Engagement und Empowerment zu stärken.

Für eine nachhaltige Förderung bürgerschaftlichen Engagements ist es unverzichtbar, diese Vielfalt der Infrastruktur zu erhalten, den Initiativen und Organisationen verlässliche Rahmenbedingungen zu ermöglichen und gemeinsam an einer wirkungsorientierten Weiterentwicklung zu arbeiten.

4.2.1 STARKE ORTE FÜR ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

Gute Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement hängen insbesondere von den zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen ab, in denen es stattfindet. Mit einem kompetenten Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination vor Ort gelingt es, Freiwillige zu gewinnen, sie in ihrem Engagement zu qualifizieren und zu begleiten, zu motivieren und anzuerkennen.

Es bedarf zudem einer stabilen, flächendeckenden Infrastruktur, die Menschen vor Ort, unabhängig von ihrer Anbindung an eine Organisation, in ihrem Engagement unterstützt und unterschiedlichen Gemeinschaften und sozialen Milieus Raum bietet, um ihr Engagement zu entfalten. Gerade in Zeiten besonderer gesellschaftlicher Herausforderungen spielen Infrastruktureinrichtungen eine tragende Rolle. Das haben nicht zuletzt die in kurzer Zeit gebildeten gemeinsamen Anlaufstellen für

freiwilliges Engagement rund um die Corona-Pandemie bewiesen. Diese lokale wie auch die gesamtstädtische Infrastruktur gilt es nachhaltig zu stärken.

Handlungsempfehlungen

- (22) Engagement mit Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination stärken:** Um in den Organisationen der Zivilgesellschaft ein gutes Freiwilligenmanagement und eine gute Freiwilligenkoordination¹⁷ zu etablieren, wird empfohlen:
- Haupt- oder Ehrenamtlichen, die koordinierend tätig sind (d.h. Freiwillige in ihrem Engagement beraten und unterstützen), sollte eine kontinuierliche Weiterbildung ermöglicht werden, insbesondere hinsichtlich eines inklusiven und interkulturellen Ansatzes.
 - Die Organisationen sollten hauptamtliche Koordinatorinnen oder Koordinatoren für die Unterstützung des freiwilligen Engagements beschäftigen beziehungsweise entsprechende Stellenanteile in ihrer Organisationsstruktur berücksichtigen. Diese Stellenanteile sollten entsprechend bei der finanziellen Förderung von Projekten oder Organisationen ermöglicht werden.
- (23) Freiwilligenagenturen weiterentwickeln:** Berlin sollte seine Vorreiterrolle beim Ausbau der Freiwilligenagenturen auch in Zukunft aktiv wahrnehmen. Dazu sollte die flächendeckende Förderung, u.a. durch eine Zweckbindung der Landesmittel in den bezirklichen Globalsummenhaushalten, verstetigt werden. Außerdem sollte der fachliche Austausch aller Freiwilligenagenturen sowie ihre Vernetzung untereinander im Rahmen der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen auf gesamtstädtischer Ebene unterstützt werden.
- (24) Stadtteilzentren ausbauen:** Die Förderung der Stadtteilzentren als Kerne lebendiger und engagierter Nachbarschaften sollte ausgebaut werden. Perspektivisch sollten alle Berlinerinnen und Berliner einen Zugang zu einem Stadtteilzentrum in ihrer Nähe haben.
- (25) Generationenübergreifendes Engagement stärken:** Die Berliner Mehrgenerationenhäuser, die vom Bund gefördert und von den Bezirken beziehungsweise vom Land in Form einer Servicestelle unterstützt werden, sind als Teil der Berliner Engagementlandschaft zentrale Begegnungsorte für alle Generationen. Diese generationenübergreifende Förderung freiwilligen Engagements sollte fortgesetzt und weiterentwickelt werden.
- (26) Selbsthilfe fördern:** Das Engagement in der Selbsthilfe braucht eine stabile Infrastruktur, die der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Engagementform entspricht. Die Förderung der Selbsthilfekontaktstellen sollte daher fortgeführt und wo nötig ausgeweitet werden.
- (27) Stabile Strukturen schaffen:** Um die Engagementkultur weiterzuentwickeln und die Einhaltung fachlicher Standards und Leistungen sicherzustellen, sollten bezirksübergreifende Strukturen in Dach- und Fachverbänden der Freiwilligen-, Nachbarschafts- und Selbsthilfearbeit angemessen ausgestattet werden.
- (28) Informationen zur engagementfördernden Infrastruktur bereitstellen:** Informationen über die engagementfördernden Berliner Infrastruktureinrichtungen und Angebote für Engagierte sollten über das Engagementportal bürgeraktiv sowie über die einzelnen Anlaufstellen für freiwilliges Engagement zur Verfügung gestellt werden.

(29) Digitale Beratung anbieten: Die bestehenden, persönlichen Angebote sollten durch zusätzliche digitale Formate erweitert werden, damit Interessierte und Engagierte auch spontan und ortsunabhängig Rat finden.

Enge Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft

Die Berliner Verwaltung spielt eine zentrale Rolle bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement. Um dieser Rolle gerecht zu werden, bedarf es einer engagementfreundlichen Haltung in allen Bereichen der Verwaltung. Das bedeutet, dass freiwillig Engagierte gleichrangige Mitgestalter und Mitgestalterinnen des gesellschaftlichen Miteinanders in Berlin anerkannt und Verwaltungsprozesse dementsprechend gestaltet werden.

Handlungsempfehlungen

(30) Für Kooperation mit Engagierten sensibilisieren: Die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Freiwilligen und Mitarbeitenden zivilgesellschaftlicher Organisationen sollte Teil der Aus- und Fortbildung für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung werden. Es wird empfohlen, dass die Verwaltungsakademie mit ihren Angeboten verstärkt für die Anliegen von Engagierten und das Thema Bürgerbeteiligung sensibilisiert.

(31) Zusammenarbeit der Verwaltungen stärken: Das Land Berlin fördert bürgerschaftliches Engagement ressortübergreifend in allen Senatsverwaltungen und Bezirken.

- Daher sollten die Aufgaben auf Verwaltungsseite klar zugeordnet und transparent nach außen kommuniziert werden.
- Die Berliner Verwaltung sollte eine Übersicht der Ansprechpersonen für das Themenfeld Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung auf dem Engagementportal Bürgeraktiv veröffentlichen.
- Die ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit sollte intensiviert und strategisch ausgerichtet werden (zum Beispiel im Rahmen der verwaltungsinternen Arbeitsgemeinschaft Bürgergesellschaft).

(32) Mit der Zivilgesellschaft vernetzen: Die Berliner Verwaltung tauscht sich regelmäßig mit Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft zu Engagementförderung und Bürgerbeteiligung aus. Um Synergien zu schaffen, Doppelstrukturen zu vermeiden und die Zusammenarbeit strategisch zu fördern, sollten bestehende Formate weiterentwickelt und neue Formate geschaffen werden (vgl. Kapitel 4.2.2).

(33) Ansprechpersonen im Bezirk etablieren: Viele Bezirke haben bereits feste Ansprechpersonen für die Themen bürgerschaftliches Engagement, sozialräumliche Planungscoordination (Stadtteilkoordination) und Bürgerbeteiligung.

- Es wird empfohlen, dass in jedem Bezirksamt eine oder mehrere Ansprechpersonen für diese Themen berufen werden.
- Berlinweit sollten diese Ansprechpersonen ein ähnliches Stellenprofil haben und gut untereinander vernetzt sein. Sie sollten möglichst vielen Menschen im Bezirk bekannt und für alle gut erreichbar sein.

- Die Aufgaben sollten am jeweiligen Bedarf des Bezirks ausgerichtet sein. Wichtige Themen sind zum Beispiel die enge Abstimmung mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen vor Ort, die aktive Verbreitung von Informationen (u.a. zu Qualifizierungs- und Beratungsangeboten, Fördermöglichkeiten oder frei nutzbaren Räumen) sowie die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements.

(34) Freiwilliges Engagement der Belegschaft unterstützen: Das freiwillige Engagement der Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung sollte zukünftig noch stärker unterstützt werden, indem

- vermehrt über Angebote, sich freiwillig zu engagieren, informiert wird.
- Mitarbeitende für ein freiwilliges Engagement freigestellt werden.
- Teams sich gemeinsam engagieren.
- das freiwillige Engagement der Beschäftigten bei der Personalentwicklung stärker berücksichtigt wird, zum Beispiel durch Aufnahme in die Leitlinien zur Personalentwicklung sowie in Ausschreibungen und Anforderungsprofile sowie durch entsprechende Schulungen der Führungsakademie in der Verwaltungsakademie (VAK).
- Führungskräfte dafür sensibilisiert werden, dass freiwilliges Engagement Teil des lebenslangen Lernens ist.

(35) Prüfen, wie sich neue Regeln auf Engagement auswirken: Bei neuen Gesetzen, Regeln und Normen in Verwaltung und Politik sollten die Auswirkungen auf das bürgerschaftliche Engagement frühzeitig geprüft werden.

Starkes Engagement von Unternehmen

In der Berliner Wirtschaft ist das bürgerschaftliche Engagement fester Bestandteil der Kultur in vielen Unternehmen. Diese unternehmerische Gemeinwohlorientierung ist unverzichtbar für Berlin.

Handlungsempfehlungen

(36) Am eigenen Standort engagieren: Es wird empfohlen, dass Unternehmen und Unternehmensnetzwerke vor allem das Engagement in den lokalen Räumen, in denen sie tätig sind, aktiv mitentwickeln und ihre spezifischen Kompetenzen einbringen.

(37) Mit der Zivilgesellschaft kooperieren: Wichtig ist, dass die Berliner Unternehmen auf zivilgesellschaftlichen Initiativen und Organisationen zugehen und in einer engen Kooperation partnerschaftlich einbeziehen. Auf lokaler Ebene gibt es gute Beispiele für Zusammenschlüsse von Unternehmen, die freiwilliges Engagement an ihrem Standort gemeinsam unterstützen. Empfohlen wird eine stärkere Verbreitung solcher Netzwerke in den verschiedenen Sozialräumen der ganzen Stadt.

(38) Vielfalt der eigenen Ressourcen nutzen: Viele Unternehmen haben die wirtschaftliche Kraft, gemeinnützige Organisationen auch mit Ressourcen wie Räumen, Sachspenden oder finanziellen Mitteln zu unterstützen. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Unabhängigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen, wenn diese ihre Arbeit aus verschiedenen Quellen finanzieren und nicht nur staatliche Mittel erhalten.

(39) **Engagement der Mitarbeitenden aktiv unterstützen (siehe Unterkapitel):** Enge Zusammenarbeit von Verwaltung und Zivilgesellschaft, Handlungsempfehlungen für die Mitarbeitenden der Verwaltung, S. 16)

4.2.2 VERNETZUNG UND ZUSAMMENARBEIT STRUKTURELL FÖRDERN

Die Haupt- und Ehrenamtlichen aus Zivilgesellschaft, Verwaltung und Unternehmen verfügen über ein breitgespanntes Wissen und vielfältige Kompetenzen, die sie sich im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit angeeignet haben. Durch eine gleichberechtigte Zusammenarbeit und Vernetzung untereinander können mehr Menschen an dem vorhandenen Wissen, den Kompetenzen und guten Praktiken teilhaben. Es entstehen neue, tragfähige Lösungen, Synergien werden erschlossen und die Förderung freiwilligen Engagements kann längerfristig deutlich mehr Wirkung entfalten.

Handlungsempfehlungen

- (40) **Verbandslandschaft erhalten:** Die Fachverbände (zum Beispiel in den Bereichen Sport, Selbsthilfe, soziale und soziokulturelle Arbeit, Jugendarbeit, Zivil- und Katastrophenschutz, Freiwilligenagenturen) sollten als wichtige Akteure für die Vernetzung und Zusammenarbeit weiterhin gestärkt werden.
- (41) **Vernetzung auf lokaler Ebene ermöglichen:** Auf lokaler Ebene sind stabile Netzwerke der Engagementförderung besonders wichtig, denn hier findet Engagement statt. Die Netzwerkfunktion sollte vor allem von den vor Ort arbeitenden Mittler-Organisationen erfüllt werden.
- (42) **Landesnetzwerk Bürgerengagement unterstützen:** Für die gesamtstädtische Zusammenarbeit auf Landesebene ist das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin ein wichtiger Akteur zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Organisationen untereinander sowie für deren Anbindung an Wirtschaft, Politik und Verwaltung.
- Als Wissens-, Lern- und Kompetenzplattform bietet es Raum für den engagementpolitischen Diskurs, schafft öffentliche Sichtbarkeit des Engagements in Berlin und setzt Anliegen der Zivilgesellschaft auf die Agenda.
 - Hierzu sollte das Landesnetzwerk Bürgerengagement Berlin weiterhin die Erweiterung seiner Mitglieder anstreben, um Gelegenheit zu sektorübergreifendem Austausch, Vernetzung, Diskursen und Kooperationen zu schaffen.
 - Bisher fehlt es an Ressourcen, um diese Aufgaben verlässlich und nachhaltig auszubauen. Das Landesnetzwerk Bürgerengagement sollte deshalb durch das Land Berlin für seine engagementfördernden und vernetzenden Tätigkeiten gefördert werden.
- (43) **Mit Engagementkonferenz sektorübergreifend vernetzen:** Mit einer jährlichen Konferenz sollten Initiativen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft, engagierten Unternehmen und der Verwaltung eine Gelegenheit zur sektorübergreifenden Vernetzung angeboten werden.

4.2.3 QUALIFIZIERUNG UND BERATUNG STÄRKEN

Freiwillige und Menschen, die sich für ein Ehrenamt interessieren, sollten die zentralen Informationen rund um ihr Engagement leicht finden und verstehen können. Bei vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten helfen zudem Qualifizierungen sowie regelmäßige Beratung. Knapp ein Viertel der Engagierten übt eine freiwillige Tätigkeit aus, für die eine spezifische Aus- oder Weiterbildung erforderlich ist.¹⁸ Der Senat und die Bezirke fördern daher eine vielfältige Infrastruktur, die Freiwillige und Hauptamtliche berät und qualifiziert. Vereine und Verbände bieten ebenso Unterstützung an wie Freiwilligenagenturen oder Volkshochschulen.

Handlungsempfehlungen

- (44) **Bestehende Angebote bekannter machen:** Die Angebote für die Aus- und Fortbildung von Ehrenamtlichen sollten bekannter werden. Es wird daher empfohlen, dass
- die jeweiligen Anbieter ihre Angebote stärker kommunizieren und
 - das Engagementportal bürgeraktiv Informationen über die bestehenden Angebote bündelt.
- (45) **Qualifizierungsprogramme öffnen:** Die bestehenden Qualifizierungsprogramme sind häufig auf einen bestimmten Personenkreis begrenzt (zum Beispiel auf einen Bezirk oder die Mitglieder eines Verbandes). Empfohlen wird daher, die einzelnen Angebote für mehr Menschen zu öffnen und die Anbieter stärker miteinander zu vernetzen, um Synergien zu schaffen. Das würde vor allem kleineren Initiativen und Organisationen zugutekommen, zudem ehrenamtlich Tätigen, die sehr spezifische Fortbildungen benötigen.
- (46) **Qualifizierung und Beratung ausbauen:** Es wird ein Ausbau der Qualifizierung und Beratung für folgende Themen empfohlen:
- Gründung von Vereinen oder Netzwerken
 - Weiterentwicklung gemeinnütziger Organisationen/ Organisationsentwicklung
 - Digitalisierung von Arbeitsprozessen und digitales Engagement (vgl. Kapitel 4.3)
 - Datenschutz
 - Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Kapitel 4.4.2)
 - Fundraising (vor allem für kleinere Engagementinitiativen, etwa durch Workshops oder Mentoring-Programme)
 - Kompetenzschulungen für Hauptamtliche zur Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten, um ihnen den Zugang ins Engagement zu erleichtern
 - Allgemeine Rechtsfragen zur Arbeit in gemeinnützigen Organisationen
- (47) **Leicht zugängliche Qualifizierungen anbieten:** Um verschiedenen Personengruppen Wege in ein Engagement zu ebnet, sollten Angebote zur Qualifizierung
- barrierearm, leicht verständlich und mehrsprachig sein.
 - für Freiwillige offen sein, die sich in Selbstorganisation – ohne Anbindung an eine etablierte Organisation – engagieren.

4.2.4 RÄUME FÜR ENGAGEMENT IN DER WACHSENDEN STADT BEREITSTELLEN

Berlins Einwohnerzahl wird bis 2030 laut Bevölkerungsprognose auf knapp vier Millionen wachsen.¹⁹ Die hohe Anziehungskraft der Stadt basiert nicht zuletzt auf der Vielfalt der Lebensstile und Lebenslagen, einer toleranten Gesellschaft und einer einzigartigen Soziokultur. Ihr Rückgrat bilden zahlreiche gemeinnützige Organisationen in allen Teilen der Stadt.

Mit dem rasanten Bevölkerungswachstum und der zunehmenden Verdrängung wird der Raum in der Stadt knapper. Freiwilliges Engagement lebt von der Begegnung der Menschen und den gemeinsamen Aktivitäten. Dafür bedarf es jedoch geeigneter Räume: für Büros und Werkstätten, sportliche Aktivitäten, Ausstellungen, künstlerische Produktionen, Präsentationen und Bildung, Veranstaltungen oder Besprechungen.

Ein breites Spektrum von miet- und baupolitischen Maßnahmen wurde zum Schutz bezahlbaren Wohnraumes und zur Förderung einer sozialen Stadtentwicklung bereits umgesetzt. Auch für die vielen gemeinnützigen Organisationen und ehrenamtlichen Initiativen Berlins ist es wichtig, dass die Anstrengungen für bezahlbare Mieten und Neubau fortgesetzt werden.

Mehrfachnutzung von Räumen ermöglichen

Der derzeitige Mangel an Räumen für freiwilliges Engagement kann durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit des Landes Berlin, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft bei der Ausweitung der Mehrfachnutzung von Räumen verbessert werden.

Handlungsempfehlungen

- (48) **Raumbestand besser sichtbar machen:** Es wird empfohlen, eine digitale Übersicht von verfügbaren Räumen und deren Merkmalen (Größe, Zugang, Ausstattung, Besonderheiten) zu erarbeiten. Gute Ansatzpunkte bieten dafür die Raumbörsen in einigen Quartiersmanagementgebieten, die auf Kiezebene die frei zugänglichen Räume systematisch online darstellen.
- (49) **Räume mehrfach nutzen:** Mithilfe von Pilotprojekten sollten Möglichkeiten der Mehrfachnutzung von Räumen auf lokaler Ebene geschaffen und erprobt werden, um anschließend erfolgreiche Beispiele auch auf andere Kieze zu übertragen. Dabei kann auf die Sammlung guter Beispiele und Handlungsempfehlungen in der Studie „Mehrfachnutzung und Raumsynergien sozialer Infrastrukturen“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen sowie auf Vorbilder wie die Kiezschulen, die sich zu ihrem Quartier öffnen, zurückgegriffen werden.
- (50) **Landeseigene Räume bereitstellen:** Die kostengünstige oder kostenfreie Bereitstellung landeseigener Räume für Engagement sollte noch aktiver gefördert und die Mehrfachnutzung von Räumen vereinfacht werden. Hierzu sollten die Möglichkeiten der „Allgemeinen Anweisung über die Bereitstellung und Nutzung von Diensträumen“ (AllARaum) genutzt werden.
- (51) **Eigene Räume teilen:** Unternehmen, Kirchengemeinden und andere Organisationen, die über Räume verfügen, sollten prüfen, ob sie ihre Räume zumindest zeitweise für freiwilliges

Engagement zur Verfügung stellen können. Für solche Aktivitäten sollten Unterstützung bei der praktischen Umsetzung angeboten und Anerkennungsformate entwickelt werden.

Gemeinnützige Organisationen vor steigenden Mieten schützen

Handlungsempfehlungen

Um freiwilliges Engagement vor steigenden Mieten zu schützen, wird folgender Maßnahmen-Mix empfohlen:

(52) Bezahlbare Gewerberäume anstreben: Viele gemeinnützige Organisationen sind auf bezahlbare Gewerberäume angewiesen. Im Rahmen der sozialen Mietpolitik sollte der Senat daher auch weiterhin alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten auf Bundes- und Landesebene nutzen, um eine Deckelung von Gewerbemieten zu erreichen.

(53) Steigende Mieten berücksichtigen: Bei der Förderung zivilgesellschaftlicher Organisationen sollten steigende Mieten stärker berücksichtigt werden, indem Zuschüsse entsprechend erhöht werden.

(54) Räume für Engagement und Beteiligung schaffen: Im Rahmen der Bewirtschaftung der Liegenschaften des Landes Berlin sollte „Engagement und Beteiligung“ als neues Bedarfsfeld eingeführt und auch im Rahmen von Neubauvorhaben und bei der Stadtplanung berücksichtigt werden.

- Bei der Planung von öffentlichen Gebäuden, zum Beispiel Schulen, Bibliotheken, Rathäusern, aber auch bei Bauvorhaben öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften, sollten Räume beziehungsweise Nutzungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Organisationen einbezogen werden, auch durch die bauliche und organisatorische Erleichterung von Mehrfachnutzungen.
- Es ist zu prüfen, ob bestehende rechtliche Vorgaben für Neubauvorhaben so geändert werden können, dass mehr Räume für die Zivilgesellschaft eingeplant werden können.

(55) Zwischennutzung und temporäre Nutzungen von Räumen ermöglichen: Gemeinnützige Organisationen sollten bei Zwischennutzungen und der temporären Nutzung urbaner Brachflächen vorrangig Berücksichtigung finden. Bei der Abwägung unterschiedlicher Nutzungsinteressen bei der Vergabe öffentlicher Räume sollte den Bedürfnissen gemeinnütziger Organisationen der Zivilgesellschaft künftig ein höherer Stellenwert beigemessen werden.

4.2.5 GUTE RAHMENBEDINGUNGEN DER FINANZIELLEN FÖRDERUNG SCHAFFEN

Über 70 Prozent der gemeinnützigen Organisationen arbeiten auf rein ehrenamtlicher Basis.²⁰ Aber auch sie benötigen finanzielle Ressourcen, um ihre Ideen verwirklichen zu können. Neben Spenden, Mitgliedsbeiträgen und zivilgesellschaftlichen Förderinstrumenten sind hierfür Fördermittel der öffentlichen Hand erforderlich.

Für viele gemeinnützige Organisationen stellt die Akquise von Fördermitteln für ihre Vorhaben und das Freiwilligenmanagement eine große Herausforderung dar. Zahlreiche Förderprogramme verlangen einigen Aufwand und Sachwissen, woran selbstorganisiertes Engagement häufig

scheitert. Oft können nur größere Organisationen die teils umfangreiche Antragstellung leisten, bürokratische Hürden überwinden und Fördermittel akquirieren. Zuweilen fehlt es auch an ausreichenden Informationen über bestehende Fördertöpfe und die nötige Fundraising-Kompetenz, um Ideen erfolgreich umsetzen zu können.

Handlungsempfehlungen

(56) Über Fördermittel informieren: Informationen über die vorhandenen Fördermittel für Engagement und Beteiligung der öffentlichen Hand, der Wirtschaft und der Stiftungen sollten leicht auffindbar und in einfacher Sprache formuliert sein. Zudem sollten die Informationen über bestehende Fördermittel für gemeinnützige Organisationen an zentraler Stelle gebündelt werden.

(57) Förderrichtlinien und Vergabepaxis verbessern: Bei der Förderung von freiwilligem Engagement und von zivilgesellschaftlichen Organisationen, in denen Engagement stattfindet, sollten entsprechende Förderrichtlinien und Vergabepaxis auch die Bedürfnisse und Strukturen der Mittlempfänger berücksichtigen. Dazu gehört:

- Um den Verwaltungsaufwand für gemeinnützige, ehrenamtlich getragene Organisationen auf das notwendige Maß zu beschränken, sollten Beantragung, Verwaltung, Abrechnung und Dokumentation öffentlicher Mittel so einfach und unkompliziert wie möglich gestaltet werden.
- Die Beantragung und Bewirtschaftung der Mittel sollte unterstützt werden, zum Beispiel durch Ausfüllhilfen, Beratung oder Erklär-Filme.
- Damit die Organisationen der Zivilgesellschaft dazu beitragen können, den digitalen Strukturwandel erfolgreich umzusetzen, brauchen sie zusätzliche Ressourcen (zur Beschaffung von Software, Hardware, Fachkompetenz, IT-Personal), die bei der Förderung mitbedacht werden sollten.
- Die geförderten Maßnahmen sowie die Förderprogramme selbst sollten regelmäßig evaluiert werden, um ihre Wirksamkeit zu überprüfen und eine kontinuierliche Verbesserung zu ermöglichen.
- Maßnahmen der Anerkennung sind bei der Förderung freiwilligen Engagements von besonderer Bedeutung und sollten entsprechend mitgefördert werden.
- Die Zielgruppen von Förderprogrammen sollten aktiv in die Ausgestaltung der Programme sowie der Förderentscheidungen einbezogen werden (zum Beispiel über einen Beirat).
- Es sollten Muster für engagementfreundliche Förderrichtlinien erarbeitet werden, die in allen Verwaltungen immer dann verwendet werden können, wenn Förderprogramme auch auf die Förderung bürgerschaftlichen Engagement und entsprechender Strukturen ausgerichtet sind.

(58) Niedrigschwellig zugängliche Förderprogramme ausbauen: Viele kleinere gemeinnützige Organisationen, die teils rein ehrenamtlich agieren, können den Verwaltungsaufwand nicht leisten, der mit einer öffentlichen Förderung verbunden ist. Daher sollten Förderprogramme ausgebaut und weiter vereinfacht werden, die niedrigschwellig geringere Fördersummen vergeben, wie etwa die Programme „Freiwilliges Engagement In Nachbarschaften (FEIN)“ und „Berlin Entwickelt Neue Nachbarschaften (BENN)“ der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen.

- (59) **Haushaltstitel für bürgerschaftliches Engagement schaffen:** Mit einem eigenen Haushaltstitel für bürgerschaftliches Engagement sollte die Förderung erleichtert, die Transparenz über bestehende Mittel erhöht und die gesellschaftliche Bedeutung des Themenfeldes unterstrichen werden. Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements sollte als Regelaufgabe der Bezirke Berücksichtigung finden.
- (60) **Überarbeitung der Landeshaushaltsordnung prüfen:** Eine Kommission von Expertinnen und Experten sollte prüfen, inwieweit die Landeshaushaltsordnung (LHO) sowie weitere Vorschriften überarbeitet oder ergänzt werden können, um bürokratische Hürden abzubauen und Verbesserungen für die Finanzierung gemeinnütziger Organisationen zu erreichen. Dabei sollten vor allem folgende Ziele erreicht werden:
- die Beantragung öffentlicher Mittel vereinfachen
 - den Aufwand für den Nachweis der Mittelverwendung verringern (zum Beispiel vereinfachte Auslagenerstattungen und Abrechnung von Honoraren)
 - als Verwaltungskostenpauschale einen angemessenen Anteil von den Gesamtausgaben des Projektes anerkennen
 - Projekte, die sich als wirksam erwiesen haben und weiterhin gebraucht werden, sollten dauerhaft gefördert werden können.
- (61) **Flexible Förderung durch Stiftungen und Unternehmen:** Gerade Stiftungen und Unternehmen haben die Möglichkeit, mit ihren finanziellen Mitteln Engagement flexibel und unbürokratisch zu fördern. Ihre Förderung darf im Gegensatz zu staatlicher Förderung auch auf Vertrauen basieren und risikofreudiger sein, um zum Beispiel auch kreative und innovative Formen des Engagements zu unterstützen. Sie sollten daher verstärkt bürokratische Barrieren abbauen und zum Beispiel prüfen, inwiefern sie stärker engagierte Einzelpersonen und Initiativen ohne Rechtsform fördern können.
- (62) **Längerfristige Projektförderung anstreben:** Projektförderung ist wichtig, um Innovationen zu ermöglichen, Ideen zu testen und akute Problemlagen zu bewältigen. Da aber auch Projekte meist erst über einen längeren Zeitraum gesellschaftliche Wirkung entfalten, sollten zukünftig längere Förderperioden und mehr Planungssicherheit angestrebt werden.
- (63) **Hauptamtliche angemessen entlohnen:** Eine qualitativ hochwertige Förderung von Engagement und Beteiligung bedarf einer angemessenen Entlohnung hauptamtlicher Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie angemessene Honorare. Dazu gehört auch, dass sich öffentliche Zuwendungen an der Bezahlung von Tariflöhnen und einer den Anforderungen entsprechenden Honorierung der Mitarbeitenden orientieren.

4.2.6 ENGAGEMENT- UND ZIVILGESELLSCHAFTSFORSCHUNG VORANBRINGEN

Eine strategische Engagement- und Demokratieförderung gelingt am besten auf Basis von wissenschaftlicher Forschung. Daher sollte die Forschung rund um das freiwillige Engagement und die Engagementlandschaft in Berlin ausgeweitet werden.

Handlungsempfehlungen

- (64) **Länderauswertung des Freiwilligensurveys intensivieren:** Die Länderauswertung des Deutschen Freiwilligensurvey sollte künftig detaillierter Auskunft geben über die Besonderheiten freiwilligen Engagements in Berlin. Die Ergebnisse für Berlin sollten zusätzlich zum Gesamtbericht in einer gesonderten Publikation veröffentlicht werden.
- (65) **Wissenschaftliche Analyse der Zivilgesellschaft durchführen:** Um Engagementförderung zielgerichtet und effektiv zu gestalten, bedarf es einer wissenschaftlichen Analyse der vielfältigen Zivilgesellschaft Berlins (zum Beispiel Vereinsstrukturen, Bedarf gemeinnütziger Organisationen, Möglichkeiten und Grenzen der Digitalisierung, Engagement von Unternehmen, Blick auf besondere Herausforderungen wie Migration und Digitalisierung).
- (66) **Kooperation von Wissenschaft und Zivilgesellschaft ausbauen:** Die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Wissenschaftsinstituten sowie Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, sollte weiter ausgebaut werden. So können nicht nur gemeinsame Projekte entstehen, sondern auch im Bereich der Lehre Kooperationen geplant werden.
- (67) **Zivilgesellschaft an Forschung beteiligen:** Die Entwicklung von „Bürgerforschung“ im Sinne der Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen an wissenschaftlichen Forschungsprozessen sollte vorangetrieben werden, beispielsweise zu aktuellen Fragestellungen. Dies kann die Zusammenarbeit zwischen Außeruniversitären Forschungseinrichtungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen im Sinne gegenseitiger Vernetzung, Lernen und Austausch sowie lösungsorientierter Entwicklungsprojekte anregen und verstetigen.
- (68) **Plattform zur Zusammenarbeit von Studierenden und Zivilgesellschaft einführen:** Empfohlen wird die Einrichtung einer Plattform, die es zivilgesellschaftlichen Organisationen ermöglicht, für wissenschaftliche Fragestellungen aus ihrem Arbeitsalltag Studierende und Forschende zu finden, die diese Fragestellungen im Rahmen wissenschaftlicher Arbeiten bearbeiten und den Organisationen die Ergebnisse zur Verfügung stellen.

4.3 CHANCEN DER DIGITALEN TRANSFORMATION NUTZEN

In Berlin gibt es eine große und lebendige digitale Engagementszene, deren gesellschaftliche Wirkung weit über die Grenzen der Stadt hinausreicht. Die Digitalisierung verändert die Koordinaten des sozialen Raums und ermöglicht neue Interaktionsformen. Es ist eine zentrale Aufgabe der Engagementförderung in Berlin, darauf zu reagieren und die vielfältigen Formen digitalen Engagements für alle Altersgruppen aktiv zu ermöglichen und weiterzuentwickeln.

Der Digitalisierungsgrad der Zivilgesellschaft ist sehr unterschiedlich:^{21,22} Einerseits ist die „digitale Avantgarde“ der Zivilgesellschaft in Berlin zuhause. Andererseits stehen die meisten Initiativen und Organisationen, in denen Engagement stattfindet, noch vor der Herausforderung, digitale Lösungen für ihre Arbeit umfassend zu nutzen. In der Verbindung digitaler und traditioneller Formen der Kommunikation und Zusammenarbeit liegt eine große Chance für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements in Berlin.

Die Corona-Pandemie hat maßgeblich zu einer beschleunigten Digitalisierung auf der Alltagsebene und einer rasanten digitalen Transformation der Engagement- und Arbeitszusammenhänge beigetragen.²³ Um trotz der gebotenen Kontaktbeschränkungen und der Einschränkungen des gesamten öffentlichen Lebens handlungsfähig zu bleiben, wurden zügig digitale Lösungen geschaffen und oft auch zuvor bestehende Widerstände überwunden. Dieses Gelegenheitsfenster sollte genutzt werden, um die digitale Transformation auch im bürgerschaftlichen Engagement aktiv zu gestalten – und zwar sowohl für die Förderung der digitalen Souveränität als auch für die Entwicklung digitaler Engagementformen.

4.3.1 DIGITALES ENGAGEMENT FÖRDERN

Der Begriff „Digitales Engagement“ beschreibt eine Form des Engagements, „bei der durch die Nutzung digitaler Infrastrukturen, Dienste und Daten neue Organisationsformen und Handlungsmuster entstehen.“²⁴ Das kann eine Online-Beratung per Videokonferenz oder Chat sein genauso wie die Programmierung einer App zur Vermittlung von freiwilligem Engagement.

Digitales Engagement und Beteiligung stärken

Engagement und Beteiligung im Internet eröffnen Bürgerinnen und Bürgern die Chance, sich von vielen Orten aus und nach ihren terminlichen Möglichkeiten zu engagieren. Sie bieten damit zum Beispiel zahlreiche Möglichkeiten für kurzzeitige, flexible Engagements („Mikroengagement“) und es entwickeln sich neue Engagementformen, die digitales Engagement mit dem analogen Engagement vor Ort verknüpfen.

Handlungsempfehlungen

- (69) **Digitales Engagement wertschätzen:** Digitales Engagement sollte neben analogen Formen des freiwilligen Engagements als gleichrangig wahrgenommen und wertgeschätzt werden (vgl. Kapitel 4.3).
- (70) **Pilotprojekte fördern:** Zur Weiterentwicklung des Feldes sollten Pilotprojekte des digitalen Engagements gefördert werden, deren Konzeption unkompliziert von anderen Organisationen übernommen werden kann.
- (71) **Gute digitale Praxis verbreiten:** Viele Engagierte und gemeinnützige Organisationen haben bisher noch keine konkrete Vorstellung von den Möglichkeiten des digitalen Engagements. Daher sollte
 - stärker über gute, praktische Beispiele informiert werden, die zur Nachahmung anregen.
 - der strategische Transfer von erfolgreichen digitalen Engagementangeboten gefördert werden.
 - Beratung und Vernetzung für Organisationen angeboten werden, die ein digitales Engagement anbieten (möchten).
- (72) **Digitales Engagement inklusiv gestalten:** Angebote des digitalen Engagements sollten inklusiv sein. Wenn das gelingt, bieten sie gerade für Menschen, die derzeit einen erschwerten Zugang

zum Engagement haben, weil sie zum Beispiel durch eine körperliche Behinderung weniger mobil sind, neue Möglichkeiten der Teilhabe.

Innovation durch digitales Engagement fördern

Viele digitale Pioniere der Zivilgesellschaft entwickeln in Berlin neue Technologien und Konzepte. Sie tragen damit wesentlich zur Entwicklung sozialer Innovationen bei und gestalten aktiv die digitale Gesellschaft. So entstehen zum Beispiel digitale Lösungen für das Spendenwesen, der freie Zugang zum Internet wird verbessert, frei verfügbares Wissen und quelloffene Software werden angeboten und Engagementgelegenheiten können leichter gefunden werden. Diese Form des Engagements verdient Anerkennung und Unterstützung.

Handlungsempfehlungen

(73) Innovations- und Testräume für Zivilgesellschaft öffnen: Bestehende Innovations- und Testräume in Berlin sollten weiter gefördert und – ausgerichtet an dem Bedarf der Zivilgesellschaft – ausgebaut werden. Denn zivilgesellschaftliche Organisationen und Initiativen, die nicht zu den digitalen Expertinnen gehören, sollten stärker von den Innovationsräumen profitieren.

(74) Digitale Engagementprojekte nachhaltig fördern: Bei der Förderung von Organisationen und Initiativen der digitalen Zivilgesellschaft wird empfohlen,

- auf den Aufbau nachhaltiger Strukturen zu achten, die nicht nur auf die Entwicklung von Technologien gerichtet sind, sondern auch die Einführung, Etablierung, Instandhaltung und Weiterentwicklung bestehender Technologien umfassen.^{25, 26}
- die vom Land Berlin geförderten digitalen Projektergebnisse unter eine freie Lizenz zu stellen, um anderen den freien Zugang zu Daten, Informationen, Medien und Wissen zu ermöglichen. Dies schließt die Förderung von Open-Source-Software explizit mit ein.^{27, 28, 29}
- Technologien von und für die Zivilgesellschaft barrierefrei zu gestalten, damit sie für alle zugänglich ist.
- die finanzielle Förderung digitaler Projekte und Programme flexibel und niedrigschwellig anzulegen.

4.3.2 ZIVILGESELLSCHAFT IM DIGITALEN WANDEL UNTERSTÜTZEN

Die Entwicklung digitaler Souveränität³⁰ – also der Aufbau digitaler Infrastrukturen und die Entwicklung von Kompetenz zur Nutzung digitaler Werkzeuge – bietet große Potenziale, um freiwilliges Engagement und die Arbeit in gemeinnützigen Organisationen zu erleichtern. Sei es, dass Interessierten der Zugang zu Engagement geebnet wird, neue Möglichkeiten der finanziellen Förderung entstehen (zum Beispiel durch Crowd-Funding), freiwilliges Engagement einfacher koordiniert oder die eigenen Anliegen besser über die sozialen Medien verbreitet werden können. Zugleich nehmen viele zivilgesellschaftliche Organisationen die Digitalisierung als große Herausforderung wahr.^{31, 32} Denn noch fehlen vielerorts die Ressourcen und Kompetenzen, um den Wandel für sich nutzen zu können. Hier braucht es akut und längerfristig zielgerichtete Investitionen und Beratungen.

Digitale Kompetenzen stärken

Die digitalen Kompetenzen der Zivilgesellschaft unterscheiden sich zwischen einzelnen Akteurinnen und Akteuren zum Teil erheblich.^{33,34} Damit die zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen die Herausforderungen des digitalen Strukturwandel erfolgreich bewältigen können, bedarf es eines umfassenden Verständnisses über die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen der Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf zivilgesellschaftliche Organisationen und ihr Umfeld. Es kommt daher nicht nur auf das Erlernen digitaler Tools oder Investitionen in Soft- und Hardware an, sondern auf Kompetenzerwerb und eine ganzheitliche Weiterentwicklung der Organisationen.

Handlungsempfehlungen

(75) Beratungs- und Fortbildungsangebote ausbauen: Empfohlen wird der Ausbau von Beratungs- und Fortbildungsangeboten, um Informationen, Wissen und Kompetenz zu vermitteln, insbesondere zu den folgenden Themenfeldern:³⁵

- Selbstschutz im digitalen Raum (insbesondere in den sozialen Medien; vgl. Kapitel 4.3.3). Dazu gehören auch der Aufbau einer Gemeinschaft (Community Building) und die Kompetenz, Diskurse im Netz aktiv anzustoßen und zu moderieren.
- Wandel von Organisationen und Entwicklung von Digitalisierungsstrategien
- Sichere digitale Anwendungen, um zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen Orientierung bei der Identifizierung und Auswahl funktionaler und zugleich sicherer Anwendungen (zum Beispiel für Videokonferenzen oder cloudbasiertes Arbeiten) zur Verfügung zu stellen
- Datenschutz und IT-Sicherheit: Unter anderem sollten die Informations- und Beratungsangebote der Berliner Datenschutzbeauftragten in stärkerem Maße ausdrücklich auf zivilgesellschaftliche Organisationen ausgerichtet werden, um den Verantwortlichen in den Organisationen Kompetenzen zu vermitteln und sie vor datenschutzrechtlichen Problemen zu schützen.

(76) Sektorenübergreifenden Erfahrungsaustausch fördern: Angesichts der ausgeprägten digitalen Expertise der Berliner Zivilgesellschaft und einer vielfältigen Start-up-Szene wird die Förderung des Erfahrungsaustauschs und des gemeinsamen Lernens von Zivilgesellschaft, (digitaler) Wirtschaft und Verwaltung empfohlen. So kommen digitale Pioniere mit jenen zusammen, die die Bedürfnisse und Besonderheiten des freiwilligen Engagements kennen. Erfolgversprechend sind zudem Ansätze, bei denen die Engagierten voneinander lernen können sowie Mentorenprogramme.

Digitale Infrastrukturen verbessern

Mitglieder verwalten, wirkungsvoll kommunizieren, flexible Besprechungsformate nutzen, Veranstaltungen anbieten – in allen diesen Bereichen erleichtern digitale Möglichkeiten die Arbeit von häufig ehrenamtlich arbeitenden Vereinen, Initiativen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Nicht immer stehen diese Programme kostenfrei oder kostengünstig zur Verfügung.

Häufig werden Daten nicht angemessen geschützt. Zudem fehlt es teils an (zeitgemäßer) Hardware, die notwendig ist, um die Programme anzuwenden.

Ein weiterer zentraler Baustein für eine gute digitale Infrastruktur zur Förderung freiwilligen Engagements sind engagementspezifische digitale Plattformen.³⁶ Das sind insbesondere gemeinnützige Plattformen zur Vermittlung und Koordination von freiwilligem Engagement, Plattformen zur Erschließung von finanziellen Mitteln und Nachbarschaftsplattformen zur lokalen Vernetzung und Kommunikation. Viele dieser oft überregional ausgerichteten Plattformen wurden von gemeinnützigen Organisationen in Berlin gegründet.

Der Berliner Senat unterstützt zivilgesellschaftliche Akteure darin, sich die Chancen und Potenziale der Digitalisierung zu erschließen, und bietet eine digitale Infrastruktur für Engagement und **Beteiligung**. Das **Engagementportal „bürgeraktiv“ des Landes Berlin** informiert Freiwillige und gemeinnützige Organisationen sowie Berliner Interessierte rund um die Themen Engagement und Beteiligung. Auf der digitalen Beteiligungsplattform des Landes Berlin mein.berlin.de können Bürgerinnen und Bürger zu Projekten der Verwaltung Ideen einbringen, aus Alternativen auswählen, kommentieren und bewerten. Gefördert wird auch das Experimentierlabor CityLAB, in dem sektorenübergreifend an neuen Ideen für ein lebenswertes Berlin gearbeitet wird, und die **Wissensplattform „USE – Urban Sustainability Exchange“**, die als **Städtenetzwerk „Metropolis“** Stadtmacherinnen und Stadtmacher aus aller Welt vernetzt und Engagierten aus Berlin die Möglichkeit gibt, ihre Arbeit im Rahmen von Fallstudien einer globalen Adressatenschaft zu präsentieren.

Handlungsempfehlungen

(77) Digitale Infrastruktur fördern:

- Der digitale Strukturwandel in gemeinnützigen Organisationen setzt Ressourcen voraus (Software, Hardware, Fachkompetenz, IT-Personal). Empfohlen wird, dies bei der öffentlichen Förderung von Projekten und Einrichtungen der Engagementförderung stärker zu berücksichtigen.
- Die Berliner Verwaltung sollte im Sinne des Online-Zugangsgesetzes über die nötige digitale Infrastruktur verfügen, um Engagierten ihre Verwaltungsleistungen auch elektronisch anzubieten. Auch für die alltägliche digitale Kommunikation sind eine entsprechende digitale Infrastruktur und zugehörige fachliche Kompetenzen notwendig.

(78) Quelloffene Software-Lösungen für Engagement schaffen: Gemeinnützige Organisationen haben oft ähnliche Anforderungen an Software-Lösungen. Die Entwicklung von digitalen Anwendungen, die der Zivilgesellschaft frei zur Verfügung gestellt werden, könnte bisherige Engpässe abfedern und einen besseren Schutz der Daten ermöglichen. Das CityLAB Berlin erhebt derzeit die konkreten Bedarfe und erprobt die Entwicklung und Implementierung erster digitaler Anwendungen. Daraus sollte die Entwicklung und der längerfristige Betrieb einer öffentlichen Digitalinfrastruktur für gemeinnützige Zwecke folgen.

(79) Digitale Plattformen für Freiwillige bekannter machen: In Berlin und bundesweit gibt es bereits ein breites Spektrum an digitalen Plattformen für Freiwillige (zum Beispiel Spendenplattformen

oder Plattformen zur Engagementvermittlung), die besser kommuniziert werden sollten. Empfohlen wird, dass neben dem Engagementportal des Landes Berlin auch die Infrastruktureinrichtungen vor Ort stärker über digitale Angebote Dritter informieren.

(80) Zusammenarbeit der Anbieterinnen und Anbieter digitaler Angebote stärken: Digitale Angebote sollten besser miteinander verzahnt werden.

(81) Berliner Engagementportal bürgeraktiv ausbauen: bürgeraktiv sollte zu einer zentralen Informationsplattform des Landes Berlin ausgebaut werden, die

- engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen in Berlin praxisnah unterstützt
- freiwilliges Engagement wertschätzend sichtbar macht,
- über die vielfältigen Engagement-Angebote gemeinnütziger Organisationen informiert und
- transparent über die Förderung bürgerschaftlichen Engagements durch das Land Berlin informiert.
- Dazu sollte eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, engagierter Wirtschaft, den Senatsverwaltungen und Bezirken zusammengearbeitet werden.
- Die Übersichtlichkeit und Nutzerfreundlichkeit des Engagementportals sollte insbesondere hinsichtlich Barrierefreiheit, Mehrsprachigkeit und Optimierung für mobile Geräte weiter verbessert werden.

(82) Online-Bürgerbeteiligung mit Präsenzformaten kombinieren: Zukünftig sollte die Plattform meinBerlin noch stärker mit Veranstaltungen verknüpft werden, bei denen sich die Bürgerinnen und Bürger persönlich begegnen. Dazu sollten neue Videoformate und Live-Abstimmungstools entwickelt werden.

4.3.3 ZIVILGESELLSCHAFT ALS GESTALTENDE KRAFT STÄRKEN

Die digitale Transformation erweitert nicht nur die Formen des Engagements und die Arbeitsweisen zivilgesellschaftlicher Organisationen, sondern wird selbst zum Inhalt des Engagements. Berlin hat eine große und couragierte digitale Zivilgesellschaft. Viele engagieren sich zum Beispiel für mehr Teilhabechancen im digitalen Zeitalter, den Schutz persönlicher Daten oder ein gewaltfreies, demokratisches Netz.³⁷

Eine couragierte und präzente digitale Zivilgesellschaft unterstützen

Die Digitalisierung kann Engagement und Beteiligung vereinfachen und eine größere Vielfalt des Engagements ermöglichen. Je wichtiger der digitale Raum wird, desto mehr muss aber auch dafür Sorge getragen werden, dass alle Menschen Zutritt zu diesem Raum haben (vgl. Kapitel 4.3.2). Sonst verstärkt die Digitalisierung die soziale und politische Spaltung im Land. Die demokratischen Kräfte aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen sich daher gemeinsam für ein demokratisches Netz einsetzen, das freie Entfaltung und Teilhabe für alle ermöglicht, zugleich aber auch den Zusammenhalt der Gesellschaft stärkt.

Eine nachhaltige Sicherung des demokratischen Raumes im Netz bedarf klarer Regeln und Gesetze auf der Ebene des Bundes und Europas, aber auch einer langfristigeren Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Strukturen, die sich aktiv für die Demokratie engagieren.

Handlungsempfehlungen

- (83) **Einen Berliner Kodex ausarbeiten:** Empfohlen wird die Ausarbeitung eines Berliner Kodex für das Verhalten der demokratischen (Zivil-)Gesellschaft im Netz. Alle Engagierten in Berlin und ihre Organisationen sollten daran mitwirken können – sowohl an der Erarbeitung als auch am dauerhaften Einsatz dafür, dass dieser eingehalten wird.
- (84) **Zivilgesellschaftliche Digital-Expertise anerkennen:** Die zivilgesellschaftliche Digital-Expertise sollte stärker anerkannt werden und in politische Meinungsbildungsprozesse einfließen.
- (85) **Demokratischen Raum im Netz aktiv schützen:** Dem Senat wird empfohlen, sich auf Bundes- und auf europäischer Ebene für einen gesetzlichen Schutz des demokratischen Raumes im Netz zu engagieren.

Freiwillige gegen Manipulation und Hass im Internet stark machen

Ob ehrenamtliche Politikerinnen und Politiker, Aktivistinnen und Aktivisten oder Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind: Viele, die sich engagieren, sind mit Angriffen und Gewalt im Netz konfrontiert. Gezielt werden manipulative und vorgetäuschte Nachrichten und Hassreden verbreitet. Desinformation wird betrieben, um Engagierte oder zivilgesellschaftliche Organisationen zu diskreditieren und aus dem gesellschaftlichen Diskurs zu drängen. Auch digitale Belästigung, das unzulässige Sammeln und Veröffentlichen persönlicher Informationen, digitale Schikane (Mobbing) und viele weitere Attacken auf die Freiheit und die Würde von Personen und Personengruppen im Netz spiegeln und verstärken die Bedrohungen.

Um die Stimme der demokratischen Zivilgesellschaft stark zu machen und der Beschneidung von Freiräumen für Engagierte entgegenzuwirken, müssen die Engagierten vor Anfeindungen und Bedrohungen geschützt, im Umgang begleitet und für die (Selbst-)Verteidigung gestärkt werden. Sonst droht die Gefahr, dass sich die demokratische Zivilgesellschaft zunehmend aus dem gesellschaftlichen Raum Internet zurückzieht und damit das Feld den Gegnerinnen und Gegnern der Demokratie überlässt.

Handlungsempfehlungen

- (86) **Durch Beratung und Fortbildung unterstützen:** Engagierte und zivilgesellschaftliche Organisationen müssen mit Beratung und Fortbildung unterstützt werden. Viele Angriffe, denen die Betroffenen ausgesetzt sind, sind nicht strafrechtlich relevant. Daher braucht es insbesondere Fortbildungen zur Selbstbemächtigung und Medienbildung, zum Beispiel im Bereich Gegenrede und positive Streitkultur.
- (87) **Transparenz und Wirksamkeit von Meldewegen verbessern:** Betroffene sollten gegen die Urheberinnen und Urheber von Beleidigungen auf einfachem Wege rechtlich vorgehen können. Dazu müssen Transparenz und Wirksamkeit der Meldewege verbessert sowie die Beratung ausgebaut werden. Zur Verbesserung der Prozesse wird eine wissenschaftliche Evaluation vorgeschlagen.
- (88) **Ansprechperson für Opfer digitaler Gewalt benennen:** Empfohlen wird, beim Land Berlin eine Ansprechperson für Opfer digitaler Gewalt zu benennen, die eine psychosoziale Erstberatung

vermitteln und Hinweise zur Einleitung rechtlicher Schritte geben kann (zum Beispiel Erstattung von Anzeigen und Sicherung von Beweisen).

(89) Hass-Kriminalität schnell und konsequent verfolgen: Demokratie muss wehrhaft sein. Straftaten im Bereich der Hass-Kriminalität, ob im Netz oder in der analogen Welt, bedürfen schneller und konsequenter Verfolgung mit der ganzen Härte des Rechtsstaates.

4.4 MEHR WERTSCHÄTZUNG FÜR FREIWILLIGES ENGAGEMENT

Engagierte in jeder Lebensphase, in allen Lebenslagen und in allen Teilen der Stadt sollen in ihrem Engagement bestärkt werden. Dazu braucht es eine von Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft getragene Kultur der Anerkennung. Eine Haltung, die allen Freiwilligen vermittelt, dass Engagement für das Gemeinwesen wertvoll ist und tatkräftig gefördert wird. Grundlage dieser positiven Anerkennungskultur ist, dass die Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement stimmen. Darüber hinaus sind konkrete Maßnahmen zur Anerkennung von freiwilligem Engagement wichtige Bestandteile der Berliner Engagementförderung.

4.4.1 DIE VIELFÄLTIGE WÜRDIGUNG FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS AUSBAUEN

In Berlin gibt es zahlreiche Ehrungen und Preise, die das Engagement in seiner Vielfalt würdigen. Darunter zahlreiche Ehrenamtspreise und Medaillen der Bezirke, sowie Auszeichnungen von Stiftungen und Vereinen. Der Senat vergibt – teilweise gemeinsam mit Partnern aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft – unter anderem den #FARBENBEKENNEN-Award für engagierte geflüchtete Menschen, die Berliner Ehrennadel für besonderes soziales Engagement, die Ehrenplakette des Senats für besondere Verdienste um die Förderung des Sports, das Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen, den Berliner Pflögebär, den Berliner Präventionspreis, das Band für Mut und Verständigung, den Berliner Frauenpreis, den Blauen Bär für freiwilliges Engagement für Europa und den Berliner Unternehmenspreis.

Mit der gemeinsamen Ehrenamtskarte würdigen die Länder Berlin und Brandenburg besonders engagierte Bürgerinnen und Bürger. Die mehr als 18.000 Karteninhaberinnen und -inhaber erhalten bei mehr als 250 Partnerinnen und Partnern verschiedene Vergünstigungen, wie reduzierten Eintritt in Museen oder Schwimmbädern.

Eine Berliner Besonderheit ist der landesweite Aktionstag „Berlin sagt Danke!“ mit zahlreichen dezentralen Veranstaltungen und Angeboten von Partnerinnen und Partnern für Freiwillige sowie einer stadtweit sichtbaren Kampagne, durch die der Dank an die Freiwilligen zum Ausdruck gebracht wird.

Einige engagierte Gruppen werden trotz dieser vielfältigen Maßnahmen noch zu wenig wahrgenommen und anerkannt. Im Beteiligungsprozess zur Entwicklung der Berliner Engagementstrategie wurde dies besonders deutlich bei Engagierten außerhalb formaler Organisationsstrukturen. So wurde empfohlen, die Instrumente der Anerkennung stärker auf informelle Engagementformen wie in der Nachbarschaftshilfe, auf digitales Engagement, auf das

Engagement von Menschen mit Behinderung beziehungsweise in der Selbsthilfe, auf Engagierte mit Migrationsgeschichte und auf politisch Engagierte auszurichten.

Handlungsempfehlungen

- (90) **Vielfalt des Engagements anerkennen:** Die beschriebene Vielfalt des Engagements sollte bei den bestehenden Maßnahmen der Anerkennung stärker berücksichtigt werden. Ein Berliner Engagementpreis sollte bürgerschaftliches Engagement in seiner Breite würdigen und mit einer begleitenden Kampagne in die Öffentlichkeit tragen. Ausgezeichnet werden sollte freiwilliges Engagement in all seinen Facetten, zum Beispiel das Engagement für Demokratie und Menschenrechte, Nachbarschaftshilfe, digitales Engagement oder innovative Projekte.
- (91) **Innovative Formate der Wertschätzung entwickeln:** Es sollten neue, innovative Formate der Ehrung entwickelt werden, die zu den diversen Zielgruppen passen. Das kann auch im Rahmen bestehender Instrumente der Anerkennung erfolgen.
- (92) **Gute Rahmenbedingungen für politisches Engagement schaffen:** Freiwillig Engagierte, die öffentlich für ihr Engagement angefeindet werden, etwa weil sie sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, sollten wirksam vor diesen Anfeindungen geschützt und in ihrem Engagement gestärkt werden. Sie müssen sich auf den aktiven Beistand aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft verlassen können.
- Das Land Berlin sollte einen geeigneten Rahmen schaffen, um das demokratische Engagement von ehrenamtlichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern zu würdigen und ihnen angesichts zunehmender Angriffe und Bedrohungen den Rücken zu stärken.
 - Politisches Engagement bedarf einer stabilen rechtlichen Grundlage. Dafür sollte sich Berlin auch bei Gesetzgebungsverfahren zum Gemeinnützigkeitsrecht auf Bundesebene einsetzen.
- (93) **Ehrenamtskarte attraktiver gestalten:** Die Ehrenamtskarte Berlin-Brandenburg sollte stärker auf unterschiedliche Zielgruppen ausgerichtet werden und die Öffentlichkeitsarbeit rund um die Karte modernisieren (zum Beispiel neues Logo, Ehrenamtskarten-App, Informationsmaterial für die Partnerinnen und Partner).
- (94) **Instrumente der Anerkennung fördern:** Im Rahmen der öffentlichen Förderung von Organisationen, die mit Freiwilligen arbeiten, sollten Instrumente der Anerkennung (zum Beispiel Dankeskarten, Blumensträuße oder kleine Dankesveranstaltung mit angemessener Verpflegung) stärker gefördert werden.
- (95) **Anerkennung im Bezirk voranbringen:** Die bezirkliche Anerkennung der Engagierten sollte von der dortigen Ansprechperson für freiwilliges Engagement gemeinsam mit den Akteurinnen und Akteuren vor Ort strategisch weiterentwickelt werden.

4.4.2 FREIWILLIGES ENGAGEMENT IN DER ÖFFENTLICHKEIT SICHTBAR MACHEN

Die gesellschaftliche Anerkennung von Engagement ist auch eine Frage der öffentlichen Sichtbarkeit von Freiwilligen und ihren Themen. Es ist daher eine gemeinsame Aufgabe der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, von Politik und Verwaltung sowie von Unternehmen und Medien, den Wert des freiwilligen Engagements für die Gesellschaft deutlich stärker als bisher der Öffentlichkeit gegenüber zu vermitteln.

Handlungsempfehlungen

(96) Öffentlichkeitsarbeit ausbauen: Mehr Sichtbarkeit für freiwilliges Engagement kann durch eine breite Kommunikation der vielfältigen Maßnahmen zur Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements erreicht werden:

- Bei öffentlich geförderten Maßnahmen gemeinnütziger Organisationen sollte die Finanzierung der begleitenden Öffentlichkeitsarbeit stärker bedacht werden.
- Die Senatsverwaltungen und Bezirke sollten ihre bisherigen Kommunikationsstrategien mit Blick auf die Bedeutung von freiwilligem Engagement überprüfen und gemeinsam weiterentwickeln.
- Im Rahmen der Arbeitsgruppe (AG) Bürgergesellschaft sollten die Kommunikationsmaßnahmen der unterschiedlichen Verwaltungen zur Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements besser miteinander verzahnt werden.
- Die Qualität der Projektkommunikation sollte durch entsprechende Fort- und Weiterbildung der handelnden Personen verbessert werden.

(97) Engagement mit neuen Formaten sichtbar machen: Verschiedene neue Formate sollten freiwilliges Engagement zusätzlich in seiner Vielfalt sichtbar machen. Beispielsweise:

- Das Engagementportal „bürgeraktiv“ sollte zu einer sichtbaren Plattform für das vielfältige freiwillige Engagement in Berlin weiterentwickelt werden (vgl. Kapitel 4.3.2).
- 2021 ist Berlin „European Volunteering Capital“. Das Jahr sollte genutzt werden, um ein sichtbares Zeichen zu setzen für Demokratie, Freiheit und Vielfalt in Europa.
- Mit dem „Berliner Tag der Helfenden“ hat Berlin das Engagement im Bevölkerungsschutz sichtbar gemacht und gewürdigt. Er soll zukünftig jährlich stattfinden.

4.4.3 IM ENGAGEMENT ERWORBENE KOMPETENZEN ANERKENNEN

Freiwilliges Engagement ist eine wichtige Säule des lebenslangen Lernens. Durch die Ausübung des Engagements und zusätzliche Qualifizierungsmaßnahmen werden wichtige Kompetenzen erworben. Bei der bundesweiten Befragung zum Deutschen Freiwilligensurvey gaben knapp drei Viertel der Engagierten an, soziale Fähigkeiten bei ihrer freiwilligen Tätigkeit erworben zu haben und mehr als die Hälfte hat nach eigenen Angaben neue persönliche Fähigkeiten oder Fachkenntnisse im Engagement erlangt.³⁸ Diese Kompetenzen sollten stärker anerkannt und wertgeschätzt werden.

In Berlin werden die im Engagement informell erworbenen oder geförderten Kompetenzen mit dem Berliner FreiwilligenPass dokumentiert. Zusätzlich wird der SchülerFreiwilligenPass an ehrenamtlich aktive Schülerinnen und Schüler vergeben und der FreiwilligenPass Flüchtlingshilfe an Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Daneben gibt es die bundesweit einheitlich geregelte Jugendleiter/In-Card „Juleica“ für Ehrenamtliche in der Jugendarbeit, die ebenfalls die Qualifikation nachweist.

Bei allen Anstrengungen zur Stärkung dieser Anerkennungsinstrumente sollte eines bedacht werden: Der Grat zwischen der positiven Anerkennung der Leistungen und einem gesellschaftlichen Erwartungs- und Leistungsdruck, im freiwilligen Engagement etwas lernen zu müssen oder es gar als obligatorischen Bestandteil eines erfolgreichen Lebenslaufes zu sehen, ist schmal. Die Freiwilligkeit muss gewahrt bleiben. Engagement soll Sinnvolles bewirken und Freude machen.

Handlungsempfehlungen

- (98) FreiwilligenPass Berlin und „Juleica“ bekannter machen:** Die Öffentlichkeitsarbeit für den FreiwilligenPass Berlin und die JugendleiterCard „Juleica“ sollte ausgeweitet werden, damit mehr Freiwillige und auch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber davon profitieren können. Es wird empfohlen, hierfür gemeinsam mit Freiwilligen, gemeinnützigen Organisationen, Unternehmen und Bildungsträgern ein Konzept zu entwickeln.
- (99) SchülerFreiwilligenPass breiter verankern:** Es wird empfohlen, den SchülerFreiwilligenPass stärker in allen Berliner Schultypen zu verankern sowie mit Ansätzen des Service-Learnings und der Kinder- und Jugendbeteiligung im schulischen Leben zu verknüpfen. Auch die bezirkliche Vergabe von Jugendkompetenzpässen macht erlernte Fähigkeiten sichtbar.
- (100) Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber für Vorteile des Engagements sensibilisieren:** Arbeitgebende sollten stärker für die Kompetenzen sensibilisiert werden, die im Engagement erworben werden.

5 ANLAGEN

5.1 MITGLIEDER DES BEGLEITGREMIUMS

Folgende Organisationen (in alphabetischer Reihenfolge) waren durch Vertreterinnen und Vertreter Mitglied im Begleitgremium:

- Abgeordnetenhaus von Berlin – Dr. Susanna Kahlefeld
- Alice Salomon Hochschule Berlin – Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé
- Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V. – Barbara Canton
- Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf – Nadja Zivkovic
- Bezirksamt Treptow-Köpenick – Oliver Igel
- Beauftragter für die Freiwillige Feuerwehr – Lutz Großmann
- Berliner Stiftungsrunde – Regine Lorenz (Allianz Stiftungsforum), Nachfolgerin: Janka Haverbeck (**Koepjohann'sche Stiftung**)
- Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung – Christine Braunert-Rümenapf
- Handwerkskammer Berlin – Sina Goldkamp
- Industrie- und Handelskammer Berlin – Dr. Daniel Hönow
- Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen Berlin – Andrea Brandt
- Landesfreiwilligenagentur Berlin e.V. – Carola Schaaf-Derichs
- Landesjugendring Berlin e.V. – Jaqueline Kauka, Nachfolger: Tilmann Weickmann
- Landesnetzwerk Bürgerengagement / Humanistische Union – Tobias Baur
- Landesnetzwerk Bürgerengagement/ Stiftung Unionhilfswerk Berlin – Daniel Büchel
- Landesseniorenbeirat Berlin (LSBB) – Eveline Lämmer
- Landessportbund Berlin e.V. – Alexander Fuchs
- Migrationsrat Berlin e. V. – Jeff Kwasi Klein
- Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V. – Niklas Alt
- Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie – Sandra Hildebrandt
- Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung – Manja Wanke
- Senatsverwaltung für Inneres und Sport – Harald Bösch-Soleil, Nachfolger: Paul Wedeleit
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Klaus-Peter Licht
- Senatsverwaltung für Kultur und Europa – Konstantin Gödicke, Nachfolger: Titus Laser
- Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen – Michael Künzel
- Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe – Johanna Dramé
- UPJ e.V. – André Koch-Engelmann
- Verband für Interkulturelle Arbeit/ Regionalverband Berlin/Brandenburg – Emine Yilmaz
- Verband für sozial-kulturelle Arbeit e.V. – Barbara Rehbehn
- Verein zur Förderung von Selbsthilfe-Kontaktstellen e. V. – Ella Wassink
- ZiviZ gGmbH – Dr. Holger Krimmer

5.2 PROGRAMME DER VERANSTALTUNGEN

Auftaktveranstaltung Berliner Engagementstrategie

22. Oktober 2019, 14.00–17.45 Uhr, Rotes Rathaus

14.00 Uhr Impuls: Engagiert in Berlin – gemeinsam Zukunft gestalten

Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement

14:15 Uhr Vorstellung des Begleitgremiums

14:15 Uhr Überblick: Entwicklung der Berliner Engagementstrategie

nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

14:50 Uhr World Café

Arbeit in Kleingruppen zu den Themenschwerpunkten der Engagementstrategie:

- Zugang zu Engagement und Beteiligung / Neue Zielgruppen
- Infrastruktur für Engagement
- Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung
- Digitale Transformation

16:10 Uhr Kaffeepause

16:40 Uhr Fortsetzung World Café

17.10 Uhr Bericht aus dem Café

17:40 Uhr Abschluss

17.45 Uhr Austausch bei Snacks und Getränken

1. Themenforum Anerkennungskultur und öffentliche Wahrnehmung

25. November 2019, 16.00–19.30 Uhr, Louise-Schroeder-Saal, Rathaus Schöneberg

16.00 Uhr Grußwort

Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement

16:15 Uhr Impuls: Anerkennungskultur auf lokaler Ebene

Christine Fidancan, Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg, Mitglied im Sprecherrat des Landesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement

16:40 Uhr Workshops

Drei parallele Workshops:

- Anerkennungskultur in Verwaltung und Politik
- Materielle Anerkennung/ Geldwerte Vorteile
- Ideelle Anerkennung (z.B. Ehrungen und Auszeichnungen)

17.40 Uhr Pause

17.55 Uhr Impuls: Zur öffentlichen Wahrnehmung freiwilligen Engagements

Gerd Nowakowski, Redakteur, Tagesspiegel Ehrensache

18:15 Uhr Workshops

Drei parallele Workshops:

- Anerkennungskultur in Organisationen der Zivilgesellschaft
- Anerkennung der im Ehrenamt erworbenen Kompetenzen
- Anerkennung durch Öffentlichkeitsarbeit

19.15 Uhr Gemeinsamer Abschluss

19:30 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: **Prof. Dr. Christiane Diemel**, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

2. Themenforum Infrastruktur für Engagement und Beteiligung

27. Januar 2020, 15.00–18.30 Uhr, Ratssaal, Rathaus Lichtenberg

15.00 Uhr Grußwort

Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement

15:10 Uhr Grußwort

Michael Grunst, Bürgermeister des Bezirks Lichtenberg

15:20 Uhr Impuls: Notwendige Infrastrukturen für Engagement und Beteiligung

Dr. Lilian Schwab, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), Mitglied der Geschäftsführung

15:45 Uhr Workshops

Drei parallele Workshops:

- Vernetzung und Zusammenarbeit
- Infrastruktureinrichtungen
- Räume für Engagement

16.45 Uhr Pause

17:00 Uhr Workshops

Zwei parallele Workshops:

- Beratung und Qualifizierung
- Rahmenbedingungen finanzieller Förderung

17.35 Uhr Gemeinsamer Abschluss

17:45 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: **Prof. Dr. Christiane Diemel**, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

3. Themenforum Digitale Transformation

Freitag, 6. März 2020, 15:00–18.45 Uhr, Rathaus Treptow, Neue Krugallee 2-6, Rathaussaal (R. 218)

15:00 Uhr Grußwort

Sawsan Chebli, Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement

15:05 Uhr Grußwort

Oliver Igel, Bürgermeister des Bezirks Treptow-Köpenick

15:10 Uhr Workshops

- Kompetenzen und digitale Infrastruktur stärken
Impuls: Wiebke Gülcibuk, PHINEO gAG
- Umgang mit Hate Speech im Netz
Impuls: Johannes Baldauf, Facebook
- Digital Social Innovation fördern
Impuls: Dr. Henrietta Litta, Open Knowledge Foundation

16.50 Uhr Pause

17:10 Uhr Workshops

- Digitales Engagement (Online Volunteering) stärken
Impuls: Anne Sophie Pahl, youvo e.V.
- Digitale Angebote zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements schaffen
Impuls: Malte Bedürftig, GoVolunteer
- Zivilgesellschaft an der Gestaltung des digitalen Wandels beteiligen
Impuls: Dr. Serge Embacher, BBE

18.35 Uhr Gemeinsamer Abschluss

18:45 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: **Prof. Dr. Christiane Dienel**, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

4. Themenforum Zugang zum Engagement

Donnerstag, 25. Juni 2020, 14:00–17.00 Uhr

Ab 13.45 Uhr Ankommen auf der Online-Plattform

14:00 Uhr Grußwort

Friedemann Walther, Referatsleiter Bürgerschaftliches Engagement und Demokratieförderung

14:10 Uhr Gesellschaftliche Teilhabe stärkt Engagement und Engagement stärkt Teilhabe. Wie schaffen wir einen gleichberechtigten Zugang?

Kurz-Interviews mit den Impulsgeberinnen und -gebern

Christiane Diemel, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

14:30 Uhr Vielfalt im Engagement: Barrieren beseitigen, Teilhabe ermöglichen

Workshops zu fünf Perspektiven:

- Ältere Menschen
Impuls: Eveline Lämmer, Landesseniorenbeirat Berlin
- Junge Menschen
Impuls: Ella Fuchs, Landesjugendring Berlin e.V.
- Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten
Impuls: Gerlinde Bendzuck, Landesvereinigung Selbsthilfe Berlin e.V.
- Menschen mit Migrationshintergrund
Impuls: Jeffrey Klein, Migrationsrat Berlin e. V.
- Sozial benachteiligte Menschen
Impuls: Niklas Alt, Paritätischer Wohlfahrtsverband LV Berlin e.V.

Die Ergebnisse aus den Workshops werden als Mindmap mit Hilfe von mindmeister dokumentiert.

16.00 Uhr Pause

16:15 Uhr Austausch in Kleingruppen

5 Teilnehmende (jeweils stellvertretend für eine Perspektive) besprechen in Kleingruppen die Ergebnisse aus den Workshops und einigen sich auf die drei wichtigsten Erkenntnisse, die sie mitgenommen haben und die sie mit dem Plenum teilen möchten.

16:25 Uhr Berichte aus den Kleingruppen

Kurze Vorstellung der drei wichtigsten Erkenntnisse aus jeder Gruppe

16.50 Uhr Gemeinsamer Abschluss

17:00 Uhr Ende der Veranstaltung

Moderation: **Prof. Dr. Christiane Diemel**, nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH

5.3 „BERLINER CHARTA ZUM BÜRGERSCHAFTLICHEN ENGAGEMENT“ (2004)⁵

1. Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil zum Wohle einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft. Es umfasst das Ehrenamt, die Freiwilligenarbeit und die Selbsthilfe sowie das Engagement von Organisationen, Initiativen, Verbänden, Unternehmen und Stiftungen.
2. Alle Unterzeichner dieser Charta erkennen die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements der in Berlin lebenden Menschen für das Gelingen eines guten Zusammenlebens in unserer Stadt an. Sie sprechen sich für die tragenden Grundwerte des Bürgerschaftlichen Engagements aus im Sinne von Solidarität, Gemeinsinn und Bereitschaft zu einem aktiven persönlichen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft in Berlin und unterstützen sie mit Wort und Tat.
3. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Aufgabe aller in dieser Stadt lebenden Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer sozialen Stellung, aller demokratisch verfassten bzw. selbstorganisierten Initiativen, Verbände, Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und Unternehmen sowie der politischen Parteien des Landes Berlin. Bürgerschaftliches Engagement fördert Partizipation, Integration und Eigenverantwortung aller in Berlin lebenden Menschen und ihren Einsatz für ein aktives Gemeinwesen. Bürgerschaftlich Engagierte beanspruchen, sich mit ihren Kompetenzen und Erfahrungen in politische Entscheidungsprozesse einbringen und mitentscheiden zu können.
4. Bürgerschaftliches Engagement nützt allen beteiligten Akteuren und bringt dabei Freude, Anregung und Bestätigung. Es unterstützt das lebenslange und das soziale Lernen in der Gesellschaft. Die Unterzeichnenden sehen eine nachhaltige Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements im materiellen wie im ideellen Sinne, wenn folgende Rahmenbedingungen ermöglicht werden: - Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung) - Auslagenerstattung (insbesondere für Fahrtkosten) - Fortbildungsangebote - Einführung und Begleitung von Bürgerschaftlich Engagierten - Anerkennungskultur
5. Dies setzt voraus, bestehende Unterstützungsstrukturen und die Bürgerbeteiligung zu sichern und zu würdigen sowie neue Formen zu ermöglichen. Hierzu zählen die Berliner Freiwilligenagenturen, Nachbarschaftshäuser und Selbsthilfeinitiativen sowie Initiativen und Projekte, die das Bürgerschaftliche Engagement stärken. Zur besseren Koordination und Vernetzung der bestehenden Infrastrukturen und der gesellschaftlichen Sektoren wird die Gründung eines landesweiten Netzwerkes für Bürgerschaftliches Engagement angestrebt.
6. Mit dieser Charta wird unterstrichen, dass Bürgerschaftliches Engagement einen hohen Stellenwert in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung einnimmt. Seine Bedeutung sowie die Anerkennung der Bürgerschaftlich Engagierten soll sich auch in den Medien widerspiegeln.
7. Die Unterzeichner sehen Bürgerschaftliches Engagement als eine wertvolle gesellschaftliche Kraft, die soziale Werte schafft. Bürgerschaftliches Engagement muss für alle Interessierten leicht erschließbar angeboten werden und darf nicht als Lückenfüller für reduzierte sozialstaatliche Leistungen missbraucht werden.

5.4 „ZUKUNFT DER BERLINER ENGAGEMENTLANDSCHAFT“ (2016)⁹

1. Die Berliner Engagementlandschaft umfasst alle engagierten Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen, Wohlfahrtsverbände, Stiftungen, Religionsgemeinschaften, Parteien, Vereine, Initiativen und staatliche Institutionen, die sich freiwillig und selbstorganisiert für gemeinnützige Interessen unserer Stadt und die Qualität des Zusammenlebens einsetzen.
2. Die Berliner Engagementlandschaft ist ein unverzichtbarer Bestandteil eines lebendigen und solidarischen Berlins.
3. **„Sich engagieren“, bedeutet sich einzumischen, gesellschaftliche Teilhabe und Selbstwirksamkeit zu erleben und das Rüstzeug zu erlernen, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen.**
4. Die Berliner Engagementlandschaft ist sehr vielfältig in Ihren Themen, Zielen, Interessenslagen, Ressourcen und Herangehensweisen.
5. Auch bei dieser Vielfalt beruht das Engagement auf gemeinsamen demokratischen Grundwerten und braucht dafür Offenheit, Transparenz, Vernetzung, Sichtbarkeit, Akzeptanz und Wertschätzung aller Beteiligten.
6. Alle Engagierten vereint das Ziel, durch ihr Engagement das Zusammenleben zu verbessern.
7. Engagementpolitik bewegt sich im Spannungsverhältnis unterschiedlicher Organisationsstrukturen.
8. In der Rolle als **„Ermöglicher“** sorgt der Staat für förderliche Rahmenbedingungen des Engagements. Zentrale Aufgabe der Berliner Politik ist es, verlässliche lokale und digitale Strukturen, Anlässe und Orte der Engagementförderung sicher zu stellen. Anerkennung und Würdigung haben dabei einen zentralen Stellenwert. Wichtigstes Ziel ist dabei, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu ermöglichen. Dabei spielen das frühzeitige Erlernen von Engagement und Beteiligung sowie eine einfache Ausdrucksweise eine zentrale Rolle.
9. Der größte Teil des Engagements findet im direkten Wohn- und Lebensumfeld der Berlinerinnen und Berliner statt.
10. Für die Weiterentwicklung der Engagementlandschaft sollen die bestehenden Engagementstrukturen durch bessere Vernetzung und Kooperation untereinander und zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft gestärkt werden. Auf diesem Wege können Konkurrenzen aufgezeigt, Dopplungen vermieden und der Wissenstransfer gesteigert werden.
11. Darüber hinaus wird die Landschaft fortlaufend um neue Engagementformen und Methoden erweitert. Dabei werden künftig auch flexiblere Formate und die Möglichkeiten der Digitalisierung noch stärker integriert und genutzt.

6 REFERENZEN

- 1 Die Begriffe „Freiwilliges Engagement“, „Ehrenamt“ und „Engagement“ werden im Folgenden synonym zum Begriff „Bürgerschaftliches Engagement“ verwendet.
- 2 ZiviZ gGmbH (2020): Grundgesamtheiterhebung auf Basis der ZiviZ-Datenbank (Stand: 28.09.2020). Unveröffentlichte Daten.
- 3 Stiftungsaufsicht Berlin (2020): Verzeichnis der rechtsfähigen Stiftungen des bürgerlichen Rechts mit Sitz in Berlin - Stand 30.09.2020. <https://www.berlin.de/sen/justiz/service/stiftungsaufsicht/stiftungsverzeichnis-30-09-2020.pdf> . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 4 Kausmann, C., Simonson, J., Ziegelmann, J. P., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht Freiwilligensurvey 2014. S. 89. https://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/fws/FWS_Laenderbericht_ges_2016.09.13.pdf . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 5 Landesnetzwerk Bürgerengagement „aktiv in Berlin“ (2004): Berliner Charta zum Bürgerschaftlichen Engagement. http://neu.aktiv-in-berlin.info/files/2018/11/berliner_charta_zum_buergerschaftlichen_engagement.pdf . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 6 Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Engagement-Strategie für Berlin – Ehrenamt fördern und vor Ort stärken (2018): Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin 18/1513.
- 7 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation vom 25. März 2019 (2019): Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin 18/1782 .
- 8 Antrag der Fraktion der FDP. Beschlussprotokoll Funktionierende Stadt: Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheid (2019): Beschlussprotokoll 18/40.
- 9 Senatskanzlei Berlin (2016): Zukunft der Berliner Engagementlandschaft. <https://www.berlin.de/buergeraktiv/beteiligen/engagementstrategie/> . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 10 Die Nummerierung der Empfehlungen dient der besseren Abstimmung mit den Gremien und wird in der finalen Fassung der Berliner Engagementstrategie durch Aufzählungszeichen ersetzt.
- 11 Land Berlin (2018): Angekommen in Berlin. Gesamtkonzept zur Integration und Partizipation Geflüchteter. S. 76. <https://www.berlin.de/lb/intmig/themen/fluechtlinge/fluechtlingspolitik/> . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 12 Kausmann, C., Simonson, J., Ziegelmann, J. P., Vogel, C., & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2014. S. 85f. https://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/fws/FWS_Laenderbericht_ges_2016.09.13.pdf . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 13 Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. <https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf> . Online verfügbar am 20.10.2020.)
- 14 Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. <https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf> . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 15 Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (2018): Ratgeber leichte Sprache. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a752-ratgeber-leichte-sprache.pdf;jsessionid=5A011725C490301F0FCB83FA19C4C4A5.delivery2-replication?__blob=publicationFile&v=1 . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 16 Kausmann, C., Simonson, J., Ziegelmann, J. P., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Länderbericht Freiwilligensurvey 2014. S. 87. https://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/fws/FWS_Laenderbericht_ges_2016.09.13.pdf . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 17 In der Arbeit mit Freiwilligen / Ehrenamtlichen wird klassischerweise unterschieden zwischen Freiwilligenmanagement und Freiwilligenkoordination. Freiwilligenmanagement widmet sich den strategischen Aspekten und der Organisationsentwicklung im Ehrenamtsbereich, zum Beispiel der Sicherstellung engagementfreundlicher Rahmenbedingungen. Freiwilligenkoordination ist direkt mit den Ehrenamtlichen in den Einrichtungen vor Ort befasst. Vor allem bei größeren Trägern gibt es oft eine strukturelle und personelle Trennung der beiden Ebenen. (Reifenhäuser, C. & Reifenhäuser, O. (2013): Praxishandbuch Freiwilligenmanagement. Beltz Juventa. Weinheim und Basel. S. 35).
- 18 Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. <https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf> . Online verfügbar am 20.10.2020.
- 19 Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen (2019): Bevölkerungsprognose für Berlin und die Bezirke 2018 – 2030. https://www.stadtentwicklung.berlin.de/planen/bevoelkerungsprognose/download/2018-2030/Bericht_Bevprog2018-2030.pdf . Online verfügbar am 20.10.2020.

- 20 Krimmer, H., Bork, M., Markowski, L. & Gorke, J. (2020): Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. ZIVIZ. Berlin. <https://www.stifterverband.org/download/file/9073>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 21 Rasmussen, W. (2019): Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-01/Report_Digitalisierung_braucht_Zivilgesellschaft_2019.pdf. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 22 Edinger-Schons, L. M., Becker, M. & Röhl P. (2020): Digital-Report 2020. Haus des Stiftens gGmbH (Hrsg.). München. <https://www.hausdesstiftens.org/wp-content/uploads/Digital-Report-2020.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 23 Krimmer, H., Bork, M., Markowski, L. & Gorke, J. (2020): Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. ZIVIZ. Berlin. <https://www.stifterverband.org/download/file/9073>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 24 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. S.11. <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 25 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 26 Erklärung der digitalen Plattform Digitale Zivilgesellschaft (2020): Aus der Krise lernen: Digitale Zivilgesellschaft stärken!. <https://digitalezivilgesellschaft.org/>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 27 Antrag der Fraktion der FDP. Bürgerschaftliches Engagement neu denken: Digitalisierung als obligatorischen Bestandteil einer landesweiten Ehrenamtsstrategie fest verankern! (2018): Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin 18/0918.
- 28 Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation vom 14. Januar 2019 (2019): Drucksache des Abgeordnetenhauses von Berlin 18/1583.
- 29 Erklärung der digitalen Plattform Digitale Zivilgesellschaft (2020): Aus der Krise lernen: Digitale Zivilgesellschaft stärken!. <https://digitalezivilgesellschaft.org/>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 30 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 31 Edinger-Schons, L. M., Becker, M. & Röhl P. (2020): Digital-Report 2020. Haus des Stiftens gGmbH (Hrsg.). München. <https://www.hausdesstiftens.org/wp-content/uploads/Digital-Report-2020.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 32 Krimmer, H., Bork, M., Markowski, L. & Gorke, J. (2020): Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise. ZIVIZ. Berlin. <https://www.stifterverband.org/download/file/9073>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 33 Rasmussen, W. (2019): Digitalisierung braucht Zivilgesellschaft. https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2019-01/Report_Digitalisierung_braucht_Zivilgesellschaft_2019.pdf. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 34 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 35 Edinger-Schons, L. M., Becker, M. & Röhl P. (2020): Digital-Report 2020. Haus des Stiftens gGmbH (Hrsg.). München. <https://www.hausdesstiftens.org/wp-content/uploads/Digital-Report-2020.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 36 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. <https://www.bmfsfj.de/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 37 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Dritter Engagementbericht, Zukunft der Zivilgesellschaft: Junges Engagement im Digitalen Zeitalter. Zentrale Ergebnisse. S. 8, 27, 30. <https://www.bmfsfj.de/blob/156432/c022434af92b1044dbf45647556b834d/dritter-engagementbericht-zentrale-ergebnisse-monitor-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.
- 38 Simonson, J., Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016). Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. <https://www.bmfsfj.de/blob/93916/527470e383da76416d6fd1c17f720a7c/freiwilligensurvey-2014-langfassung-data.pdf>. Online verfügbar am 20.10.2020.



Berliner Rathaus
Jüdenstraße 1
10178 Berlin
www.berlin.de/buergeraktiv/
www.berlin.de/rbmskzl/
buergeraktiv@senatskanzlei.berlin.de